

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 80 Pf. — Durch die Post bezogen vierl. jährlich 2,40 Mk., für 1 Monat 80 Pf. (Bestellgeld vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Kernsprecher: 18698

Abonneren kosten die Tagespresse oder deren Raum 25 Pf., bei Tagesschrift 80 Pf. Schwieriger Gas nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— Mk. jebed. Tausend bei Tagesauslage 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Abonneren für die fällige Nummer früh 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Kernsprecher: 4596 • Abonnement-Abteilung Kernsprecher: 2721.

Demission des Staatssekretärs Tirpitz.

Bor Verdun die Höhe Toler Mann erstmals; über 1000 Franzosen gesangen. — Heftigere Angriffe an der Isonzofront. — Nordamerika bringt seine Armee auf den vollen Stand.

Jahreslage des Weltkriegs.

16. März 1916. Die englische Stellung bei St. Eloi, südlich Aix, erobert.

Bei Pragowjaz 2000 Russen gesangen.

Der kleine Kreuzer Dresden bei der Insel Juan Fernández nach einem Kampf mit englischen Kreuzern durch Explosionsvernichtung.

Die neuesten Meldungen.

Tirpitz geht.

Berlin, 15. März. Amtlich. (W. T. B.) Wie wir hören, hat der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral von Tirpitz, seinen Abschied eingereicht. Zu seinem Nachfolger ist der Admiral von Capelle in Aussicht genommen.

Die Einberufung der Verheiraten verschoben.

Rotterdam, 15. März. Der Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus London: Die Einberufung der verheiratenen Derby-Kadetten von 27 bis 25 Jahren wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Infolge der Revision der Liste der militärfreien Berufe seien bedeutend mehr Unverheiratete für den Militärdienst freigeworden.

Die Daily News meldet, man glaubt, daß das Kriegsamt bei der Einberufung der Verheiraten zu voreilig vorgegangen sei und offenbar die Regierung wiederholt umgangen habe. Möglicherweise werde das Kabinett die militärfreien Berufe auf den Eisenbahnbetrieb, die Bergwerke und einige Industriezweige, in denen alle Männer im Interesse des Landes in der Arbeit bleiben müssten, einschränken. Außerdem solle die Zahl der Unverheirateten militärfreien Alters in den Bergwerken und in den Fabriken verminder werden. Lord Selborne erklärte einer Aufforderung von Bauern gegenüber, die Regierung wolle den Ackerbau nicht aufzugeben von männlichen Arbeitskräften entblößt, daß also die Regierung wenigstens die produktivsten Einrichtungen des Landes berücksichtige.

Gallien zurückgetreten.

Paris, 16. März. Wie die Blätter vom Dienstagabend mitteilen, sei die Demission des Kriegsministers, General Gallieni, in dem am Vormittage unter Vorstoß des Präsidenten Poincaré abgehaltenen Ministerrat endgültig angenommen worden.

Wie Journal meldet, wurde Admiral Bacaze mit der interimistischen Geschäftsführung des französischen Kriegsministeriums beauftragt, bis die nahe bevorstehende Bezeichnung des endgültigen Inhabers des Kriegsministeriums erfolgen werde.

Sukhomlinow vor Gericht.

Petersburg, 15. März. (Petersburger Telegraphen-Agentur) Ein vom Zaren eingesetzter Oberster Ausschuss zur Untersuchung der Ursachen, die den Munitionsmangel herbeigeführt hatten, entschloß sich, den ehemaligen Kriegsminister Sukhomlinow wegen ungeleglicher Handlungen vor den Gerichtshof des Reichskreises zu stellen. Der Kaiser hat den Beschluss des Ausschusses billigt.

Gegen die englische Postkontrolle.

Haag, 15. März. Im Nieuwe Courant schlägt ein Leser des Blattes vor, man solle den englischen Eingriffen in die holländischen Poststellen dadurch ein Ende machen, daß man an bestimmten Stellen der See niederländische Torpedoboote aufstellt, die den ausfahrenden Postdampfern die Post beim Verlassen der englischen Territorialgewässer übergeben und den heimkehrenden Schiffen die Post abnehmen, ehe sie in englisches Gebiet kommen. Nieuwe Courant spricht sich anzunehmen dieses Vorschlags aus.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 15. März befindet sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Wir bitten zu beachten.

Neuerungen, die hier und dort in den Landtagen fielen, kann man entnehmen, daß offenbar wieder einmal die Regierungen erwägen, ob zu erwägen ist, in Erwägungen einzutreten, was in der Frage der Nahrungsmittelversorgung zu erwägen sei. Indessen spielt sich folgendes ab:

Die Getreideversorgung funktioniert so schlecht, daß selbst im Zentrum, in Berlin, in den letzten Wochen Mangel eindringt. Dies, trotzdem nach feierlichen Versicherungen der Regierung Deutschland reichlich mit Brokkoli bis zur nächsten Ernte versiehen ist, und man sich den Spatz leidet, ist sehrtraurig. Es ist kein Schnaps mehr zu bekommen.

On einer ganzen Reihe Städte ist die Kartoffelnot abermals auf höchste gestiegen; dies, trotzdem wir eine riesenhafte Menge haben und die Vorräte des vergangenen Jahres einbringlich mahnend, dieser Frage gründliche Beachtung zu widmen.

Nach den verschiedenen Pfuschereien in bezug auf Schweine- und Schweinefleischpreise herrscht absoluter Mangel an diesem Fleisch.

Diese Pfuschereien haben bewirkt, daß seit ein paar Monaten auch die Preise für Rindfleisch sprunghaft in die Höhe gehen. Der Auftrieb auf dem Berliner Markt, der als Maßstab für die Zustände im Reiche gelten kann, ist im Februar auf 31 bis Kinderzähligungen gegen 46 000 im Oktober des vergangenen Jahres. Das sind die Melschafte der „Organisation der Versorgung“ durch Monopolisierung des Viehhandels zugunsten des Viehhändler-

ringes.

Die Butternot ist in fast allen Großstädten brennend geworden. Dies, trotzdem von Fleischleuten verkündet wird, daß zwar nicht die Versorgung wie in normalen Zeiten möglich ist, aber immerhin eine dauernde Versorgung mit $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{4}$ Pfund pro Kopf und Woche möglich sei.

Nachdem man mit den Vorräten an Zucker geast hat, stellt sich jetzt Mangel ein, und die Spekulanten sind am Werk, die noch vorhandenen Mengen vom Markt fernzuhalten.

Von der Wasserkante kommt die Nachricht, daß die Fänge an den deutschen Küsten so reichlich sind, wie seit Jahren nicht; trotzdem haben die Preise für Fische eine geradezu wahnsinnige Höhe erreicht.

Nach Berechnungen, die zu Beginn des Krieges angestellt wurden, lagerten in den deutschen Häfen infolge der bekannten Operationen der brasilianischen Regierung so große Mengen Kaffee, daß sie für Jahre ausreichen müßten. Jetzt dagegen heißt es, die Vorräte werden knapp, und die Preise werden in die Höhe getrieben. Entweder handelt es sich um schwindige Spekulationsmanöver, oder es hat bereits ein so unheimliches „Einhornstern“ stattgefunden, daß für die Unbemittelten, die das nicht konnten, bald kein Kaffee vorhanden sein wird.

Doch damit nicht genug. Das freche Treiben der Spekulanten hat nicht nur zu unerhörten Preisschlägen geführt, sondern die Lebensmittelverfälschung hat geradezu ungeheuerlichen Umfang angenommen. Es wird vielfach als Brot ein Zeng verkauft, daß in normalen Zeiten ein gewissenhafter Kutscher seinen Gäulen nicht vorlegen würde. Die Fleischer verkaufen kein Schweinefleisch, weil sie es vorziehen, Wurst an machen, wobei unverschämte Profite eingeschaut werden, was dadurch möglich ist, daß diese Wurst ein „Mixum compositum“ ist, bestes Zusammensetzung bei Eingeweihten Schaudern erzeugt. Der offenkundige Betrug bei Konfituren, zu denen die Bevölkerung neidisch greift, stinks zum Himmel. Auch was an Butter oft verkauft ist, spottet jeder Beschreibung. Statt der 80 bis 85 Prozent Fett, die Butter haben soll, sind es jetzt zuweilen keine 60 Prozent; das Publikum lauft zu Höchstpreisen — Salzwasser. Über Margarine spricht man am besten gar nicht. Von „Speckkartoffeln“ ist keine Rede mehr; es werden Kartoffeln verkauft, die früher kaum als Viehutter Verwendung gefunden hätten.

Die Käufer müssen eben froh sein, wenn sie überhaupt irgendwelche Produkte erhalten. An den meisten Städten scheint jede

Nahrungsmittelkontrolle aufgehört zu haben, und so ist dem insamsten Betrieb Tür und Tor geöffnet.

Ruht das so sein? Es sind gleich bei Kriegsbeginn von unserer Partei Vorschläge gemacht worden, die eine einheitliche Organisierung der Ernährung des Volkes zum Ziel hatten. Es wurde hier eine Beeinflussung der Produktion der Nahrungsmittel vorgesehen,

zu dem Zweck, alle irgend verfügbaren Kräfte und allen Boden auszunutzen. Ganz sicher ist, daß bei entsprechender Organisation der Boden Deutschlands das Doppelte, wenn nicht das Dreifache an Nahrungsmitteln hergeben kann. Notwendig war dazu freilich, daß man nicht direkt vor den Eigentumsverhältnissen am Boden handeile, und daß die Landwirte ihr ganzes Wollen und Können in die Dienste der Gemeinschaft stellen: welche sie sich, so wäre der

Zwang des Staates gegen die Widerstrebenen anzuwenden gewesen. Freilich, das würde eine Revolutionierung der bestehenden Verhältnisse bedeuten, und es war vorzuherrschen, daß die Staatsgewalt sich dazu nicht entschließen würde. Doch durfte man erwarten, daß wenigstens auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse durch energische Zusammenfassung der Kräfte des Gemeinschaftswesens etwa, in dieser Richtung gemehrt werde. Geschehen ist indessen so gut wie gar nichts. Der deutsche Boden hat deshalb

in der Zeit der größten Not weniger hergegeben als in normalen Verhältnissen. Einfach weil die Anarchie der Privatwirtschaft blieb und deshalb die verfügbaren Kräfte und Mittel nicht entfernt ausgenutzt wurden. Selbst so einfache und einleuchtende Forderungen wie die Vermeidung der Vergedung von Nahrungsmitteln zur Herstellung von Schnaps und Bier wurden nicht beachtet. Noch trauriger hat man freilich doch das Bierbrauen einschränken müssen; und es geht, aber es sind während der Kriegszeit wohl eine Million Tonnen Gerste zu Mais verarbeitet und so der Produktion von Fleisch und Milch entzogen werden. Die Vergedung von Kartoffeln, Getreide und Rohzucker zur Herstellung von Schnaps dauert auch jetzt noch lustig weiter.

Es lohnt sich kaum, angesichts dessen von kleineren Dingen zu sprechen. So davon, daß auch heute noch in vielen Städten die Abfälle der Haushaltungen verkommen, daß man zur Schönung der noblen Passionen einiger tausend Herren das Wild die Saaten zerstampfen läßt, statt daß man es abschlägt, um den Fleischvoorraum zu vergrößern.

Die Aufgabe einer rationalen Verteilung der Vorräte wurde nur beim Brot in Angriff genommen; aber auch hier hat man nicht ganze Arbeit gemacht, weil man Rückicht auf die Bäder zu nehmen mußte, glaubte, was zur Folge hat, daß diese, vielfach aus Gewinnsucht, zum Teile aus Mangel an Sachkenntnis und an rationellen Produktionsmitteln die Qualität des Brotes so verschlechtert haben. Um überlegen begnügte man sich mit der Festsetzung von „Höchstpreisen“, wobei man lange Monate hindurch diese nur auf den Kleinhandel bezog, weil man sich einbildete, man könne sich im 20. Jahrhundert noch mit den Mitteln behelfen, die das „Preußische Landrecht“ von anno Tobal in bezug auf die Markttaten vorsieht. Selbst heute wagt man offenbar nicht, den großen Spekulanten überall zu Leibe zu gehen. Als sie endlich die Regierung entschlossen, auch den Produzenten und Großhändlern die Preise vorzuschreiben, da wisch sie wiederholt mutig vor dem starken Willen dieser Machthaber zurück. Die wiederholten Heraufsetzungen der Preise für Kartoffeln, Getreide, Schweinefleisch haben die Anordnungen des Bundesrats zum Gespött gemacht. Nachdem einmal die Interessenten gefeiert haben, daß sie durch Zurückhaltung der Produkte ihr Ziel erreichen können, gibt es kein Halten mehr.

Die Volksvertretung hat vertrauensvoll der Regierung eine Machtvollkommenheit eingeräumt, wie sie weiter kaum noch gehen kann. Da ihr die Beschlagnahme aller menschlichen Produkte zusteht, hat sie es in der Hand, die volkswirtschaftlichen Zustände im weitesten Maße zu regulieren. Von diesen Beschlüssen hat sie Gebrauch gemacht, wo das militärische Interesse es erforderte. Dagegen bleiben die Verordnungen über die Beschlagnahme in andern Fällen, wie in bezug auf die Kartoffeln, auf dem Papier. Da die Regierung ihre Macht nicht anwendet, ist die Androhung der Beschlagnahme zum Papana geworden, mit dem die Interessenten umspringen wie die Spanen mit einer alten Vogelscheuche.

Indessen spalten sich die Dinge immer mehr zu und die Geduld der Volksmassen geht zu Ende. Rägt die Regierung noch weiter die Augen am Boden schleifen, treten nicht an Stelle der Verordnungen auf dem Papier Taten, bleibt es bei den bisherigen Sacheheiten, so wird bald eine Unschärfe überhaupt nicht mehr möglich sein. Das bitten wir die Regierung und den Reichstag zu beachten.

Der Fortgang des Weltkriegs vom 7. bis 13. März.

Von Richard Göbke.

Außerlich betrachtet haben die Ereignisse auf allen Schauspielen des Weltkriegs keine erhebliche Weiterentwicklung erfahren. Wir sehen fast überall einen Stellungskrieg, der nur durch die Tätigkeit von Aufklärungsabteilungen, durch gelegentliche überraschende Vorstöße kleinster Truppenstärken, durch Geschützfeuer und Artillerie die innere Ruhe verrät, und in gespannter Erwartung zulässigen Entwicklungen entgegenzulahsen scheint.

Unre ganz Außenseitigkeit wendet sich natürlich dem großen Klingen um Verdun zu. Hier stehen sich beide Teile noch immer in voller Kampfbereitschaft gegenüber, wenn auch die letzten Tage die entscheidende Tätigkeit des Fußvolks nur in geringem Maße gezeigt haben.

Wir können bisher drei Abschnitte der Schlacht unterscheiden. In dem ersten, der etwa vom 21. bis einschließlich 25. Februar läuft, dringen die Deutschen in unauflösliches Ansehn von Norden her gegen die französische Stellung vorwärts Verdun vor und werfen die Franzosen in einer Tiefe von durchschnittlich 8 Kilometer zurück. Mit der daraus entstossenen Eroberung der Panzerfestung Douaumont eroberte sie bereits die vorgeschobene Nordostseite der ständigen Festungswerke.

Am 26. Februar beginnt der zweite Abschnitt, der etwa bis zum 7. März dauert. Im Norden der Festung unternehmen die Franzosen mit Hilfe starker, von südwärts herangebrachter Verstärkungen immer wiederholte wütende Gegenstöße, besonders in der Gegend der Festung Douaumont und des nordöstlichen davon gelegenen Waldes von Hartaumont. Alle diese Angriffe werden nach schweren Kämpfen unter grossen Verlusten für den Gegner abgewiesen. Zugleich räumen unsre Truppen die eroberte Stellung im Innern auf, sie dehnen sie nach Westen bis zur Maas aus, verbessern die Frontlinie und schaffen insbesondere den Besitz des weit vorspringenden Forts Douaumont durch Eroberung des 700 Meter nordwestlich gelegenen gleichnamigen Dorfes sowie der Höhen und Waldstücke in der Nähe. Ganz besonders blutige Kämpfe schelten in dem Walde von Hartaumont und um die dort liegenden französischen Werke stattgefunden zu haben. Bei ihnen fiel auch der bekannte hauptsächliche Abgeordnete Oberst Driant, der Schwiegerohn Boulangier, in die Hände unsrer Truppen — ob tot oder lebendig, ist noch nicht bekannt.

Während hier so hart gerungen wurde, begann der deutsche Angriff auch vom Osten her in der Woerre-Ebene. Auch hier wurde der Gegner etwa 8 Kilometer zurückgeworfen, und erst am Anfang der stell emporenbewohnten Maasdörfern wurde sein Widerstand hartnäckiger. Erst als in der Nacht von 6. zum 7. März das Dorf Froidmont durch Eroberung des 700 Meter nordwestlich gelegenen gleichnamigen Dorfes sowie der Höhen und Waldstücke in der Nähe. Ganz besonders blutige Kämpfe schelten in dem Walde von Hartaumont und um die dort liegenden französischen Werke stattgefunden zu haben. Bei ihnen fiel auch der bekannte hauptsächliche Abgeordnete Oberst Driant, der Schwiegerohn Boulangier, in die Hände unsrer Truppen — ob tot oder lebendig, ist noch nicht bekannt.

Am 7. März trat die große Schlacht in ihren dritten Akt. Der Angriff der Deutschen griff nunmehr auf das linke Maasufer hinüber, auch dort gerieten ihre Linien in Bewegung, die gegenüberliegenden Vorstößen östlich der Maas zurückgeblieben waren. zunächst fiel Forges an der Maas, 12 Kilometer nordwestlich der Stadt Verdun, in ihre Hand; am 7. März wurden dann Magnéville, die Höhe One, die Waldstücke Corveaux und Cumières im blutigen Komplex angeschlagen, nur an einzelnen Stellen innerhalb dieser Linie wehrten sich die Franzosen noch mit verzweifelter Tapferkeit. Die Stellung der Deutschen war 4 Kilometer vorgeschoben, sie hatte Anschluss an die Truppen östlich der Maas gewonnen und sich bis auf 4 Kilometer den westlich des Flusses liegenden Forts der Franzosen gehängt. Auch hier legten sofort heftige Gegenstöße des Feindes ein, die tagelang fortgesetzt wurden, das schwächliche Ergebnis aber nicht ändern konnten. Das Gelände zwischen Dorf Béthincourt und der Maas war am 11. März endlich fest in der Hand der Deutschen. Nur das Dorf selbst und die Höhe des Toten Mannes (le mort domine auf den Karren) wurde von den Gegnern noch behauptet.

Inzwischen war auf dem rechten Maasufer eine Episode in dem Kampftummel eingetreten, in dem es einer kühn vordringenden deutschen Reservebrigade gelang, am 8. März Dorf und Festung Baux in fiedem Anlauf fortzunehmen und damit ein Glied aus der geschlossenen Kette der ständigen Werke im Nordosten der Festung zu trennen. Gegenüber den in dieser höchst großen Schlacht rücksichtlos dagegen eingesetzten französischen Massen konnten sie aber am folgenden Tage das auf beiden Seiten umfasste Werk nicht halten. Nur das Dorf Baux wurde endgültig behauptet. Merkwürdig ist es, dass der französische Bericht den zeitweiligen Verlust des Forts überhaupt nicht angibt und daher auch seine Wiedererrichtung nicht melden kann.

Seitdem herrscht um Verdun herum bis jetzt hauptsächlich eine mehr oder minder lebhafte Tätigkeit der starken auf beiden Seiten ringelten Geschützlinien.

Die von den französischen Militärschrifstellerin so heiss geforderte "Entlastungsoffensive" an andern Stellen der Front hat bisher noch nicht stattgefunden. Die Engländer haben zwar am 20. Februar, am 9. und 6. März einige schwächer Vorstöße in geringer Stärke gemacht, bei denen aber noch kaum die bisher von ihnen im Stellungskampf entwickelte Entschlossenheit gezeigt wurde. Nur der Angriff am 2. März, südöstlich Averny gegen den Hügel "Les Bluffs" hat dabei einen kleinen Erfolg gehabt, die andern beiden wurden glatt abgewiesen. Aber auch die französischen Angriffe erreichten nicht einmal den Umfang, den die Deutschen den ihrigen am 27. Februar und 6. März in der Champagne und am 10. März bei Bille-aux-Bœufs, 20 Kilometer nordwestlich Reims, ausführen mussten. Wenn der Gegner an dem so oft verhinderten Gedanken einer grossen Frühjahrsoffensive noch festhält, ist er jedenfalls bis zu diesem Augenblick dazu noch nicht imstande gewesen. Sonst hätte er sie sicher in diesen schicksalshohen Tagen unternommen.

Am Nordosten, bei der Heeresgruppe Hindenburg, haben nur gänzlich belanglose Gefechte stattgefunden, dagegen haben seit langer Zeit zum erstenmal am 12. März in Böhmen und am Donauufer wieder stärkere russische Vorstöße eingesetzt, und in Italien hat die Artillerie des Gegners am 11. und 12. März besonders vor der ganzen Isonzofront ihr Feuer in bemerkenswerter Weise gesteuert. Am letzten Tage fand zugleich ein vergleichbarer Angriff bei Zara statt. Man wird diese erhöhte Tätigkeit im Auge behalten müssen; sie fällt zeitlich zusammen mit dem Kriegsbeginn unseres Gegners in Paris.

In Albanien haben die Österreicher, wie zu erwarten war, sich nicht mit der Eroberung von Durazzo begnügt, sondern sind in aller Stille und in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse sogar recht rasch gegen Valona weiter vorgestossen. Sie haben die Italiener ohne Mühe am südlichen Semeni-Ufer geworfen und am 10. März bei Herod über die Bojana zurückgetrieben. Damals standen sie also bereits 82 Kilometer südlich Durazzo, das sie erst am 26. Februar besetzt hatten, und nur noch 18 Kilometer von Valona entfernt. Es wird sich nun bald zeigen müssen, ob die Italiener gewillt und fähig sind, in den Schangen, die sie um diesen

Fasen ausgeworfen haben, einen hartnäckigen Widerstand zu leisten. Hält Valona, so ist der letzte Rest Albaniens für sie verloren.

Um Saloniki stehen sich die feindlichen Heere seit Monaten gegenüber; die so oft angekündigte Offensive der Franco-Engländer ist immer noch nicht Tatsache geworden. Im Gral haben die englischen Streitkräfte unter Aylmer einen neuen Versuch unternommen, Aut el Amara zu entsetzen, ihr Angriff aber hat sich an den türkischen Stellungen zwischen Efin und Melahie gebrochen, sie haben zurück gewichen. Die Türken behaupten, daß jene in die vom 8. bis 8. März dauernden Geschehnisse 5000 Mann verloren hätten; die verdächtige Dunkelheit der englischen Berichte lässt fast vermuten, daß diese Angabe nicht sehr übertrieben sei. Anzuvieren wollen nun freilich die russischen Streitkräfte in Persien von Damaskus über Kermanischah unter östlichen Gefechten weiter in Richtung auf Bagdad vorgerückt sein, denn sie sich am 11. März bis auf 200 Kilometer genähert hätten. Aber daswischen liegt noch das sehr schwierige persische Landgebirge, das ihren weiteren Vormarsch mindestens erheblich verzögern wird. Und von Bagdad bis Aut el Amara sind nochmals 170 Kilometer. Die Frage wird also höchst brennend, auf wie lange der eingeschlossene General Townshend noch mit Lebensmitteln versorgt ist. Auch in Armenien rücken die Russen in breiter Front vor und scheinen neuerdings wieder Führung mit den türkischen Truppen gewonnen zu haben. Dem Hafen von Trapezunt hatten sie sich am 7. März bis auf 15, 75 Kilometer entfernt, genähert. Seither schwiegen ihre Nachrichten.

Die Lage.

Nach einer Pause in den Infanteriekämpfen um Verdun, die seit dem Rückzug bei Baux eingesetzt hat, brachte der Dienstag den deutschen Waffen wieder einen erheblichen Erfolg. Schlesische Truppen haben die Doppelschüsse "Toten Mann" auf dem westlichen Maasufer gestürmt. Damit ist eine strategisch wichtige Stellung den Franzosen entrissen worden, deren Bedeutung ihre Presse in den letzten Tagen mehrfach stark unterstrichen hat. Als Forges vom deutschen Angreifer genommen wurde, trösteten die französischen Blätter ihre Leser mit dem Hinweis auf die starke Position auf dem Toten Mann, die dem weiteren Vordringen der Deutschen schon bald geboten werde. Diese Hoffnung ist zustande geworden.

Der Toten Mann liegt zwischen den beiden Orten Béthincourt und Cumières. Seine beiden Gipfel erreichen eine Höhe von 265 und 265 Metern. Sie überzeugen alle Erhöhungen des Geländes westlich der Maas bis an den Fortgürtel selbst, in dem das Fort Marcey allerdings auf einer Höhe von 298 Metern liegt. So gestaltet der Besitz des Toten Mannes den Einblick in die Stellungen der Franzosen bis an den Fortgürtel und ihre artilleristische Herrschaft. Vor allem sind die französischen Linien bei Béthincourt und Cumières jetzt stark gefährdet, namentlich die ersten, die schon in die Gefahr der Überflügelung geraten.

Die Fortschritte der deutschen Truppen auf dem westlichen Maasufer müssen der französischen Heeresleitung noch unangemehm sein als solche östlich der Maas, weil sie die Verbindung der Festung mit dem Hinterlande bedrohen. Die deutschen Linien stehen im Nordwesten Verduns nur noch 6 Kilometer vom Fortgürtel entfernt und nur noch 12 Kilometer von der Bahnlinie Meimsvorburg. Der Befehl des Generals de Bazelaire, der den welchen den Truppen Artillerie- und Maschinengewehrfeuer aus den französischen Linien in Aussicht stellt, zeigt, wie bitter schon der Verlust von Forges im französischen Lager empfunden wurde. Gleich verzuweilte Drohungen richtet man an die eigenen Truppen nur, wenn nichts anderes mehr übrigbleibt. Trotzdem ist der Verlust des Toten Mannes und die weitere Zurückdrängung der französischen Front nicht verhindert worden.

Aus Paris kommt heute die Meldung, daß der Kriegsmiester Gallieni zurückgetreten ist. Das braucht mit den Vorgängen von Verdun nicht in direkter Verbindung zu stehen, aber jedenfalls wird der Rücktritt in diesem Augenblick die Verhältnisse in Frankreich und die Stimmung ungünstig beeinflussen.

Dass es dort wirtschaftlich auch nicht günstig aussieht, ist bekannt. Das Blatt der Syndikalisten, die Bataille, schrieb zu diesem Kapitel am 9. März:

Trotz aller Versprechungen und übernommenen Verpflichtungen ist gegen die Zeuerung der Lebensmittel nichts geschehen. Man redet und macht Umschweife, aber die Presse steigt. Die Lage wird immer geschrägter, und trotz der scheinbaren Ruhe, müsse man sich darüber klar sein, daß die Unzufriedenheit groß sei und bei irgend einer Gelegenheit zum Ausbruch kommen könne. Die verantwortlichen Stellen scheinen davon keine Ahnung zu haben, sonst würden sie eisiger sein, diese drohende Gefahr zu beschwören. Die Verbitterung greift um sich und wenn sie auch durch die Gewalt zum Schweigen verurteilt wird, so kann schon ein kleines Ereignis zu ihrer Explosion anlängen. Wir nähern und dem Augenblick, wo nur noch die Leute mit grossem Einkommen leben können. Davor kann man sich durch einen Blick auf die Lebensmittelpreise überzeugen, aber zu dieser Anstrengung sind die meisten Leute unfähig und reden lieber über die Hungersnot im (feindlichen) Ausland. Das Volk ist der festen Überzeugung, daß die hohen Preise gemildert werden können und daß dazu nur guter Wille und Energie erforderlich sind.

Deutschland hat freilich keinen Auslauf, in dieser Hinsicht sich pharisäisch über Frankreich zu erheben.

Der Leiter des Reichsmarineamts, Großadmiral v. Tirpitz, hat seinen Abschied genommen; Amtsnachfolger wird der Admiral v. Capelle. Die Öffentlichkeit war auf dieses Ereignis schon durch die vor einigen Tagen verbreitete Nachricht von der Erkrankung des Herrn v. Tirpitz vorbereitet worden. Ueber die eigentlichen Ursachen des Rücktritts zu sprechen, sind wir nicht in der Lage. Die Deutsche Tageszeitung nennt die Meldung eine "erschütternde Nachricht", und sie sagt von Herrn v. Tirpitz, daß "besser Scheiben von seinem gewaltigen Werk im ganzen deutschen Volke das schmerzlichste Bedauern erregt".

Die Leipziger Neuesten Nachrichten schreiben:

Die Form der amtlichen Mitteilung, worin die Bewilligung eines Rücktrittsgesuchs gefleidet ist, lässt aber kaum einen Zweifel darüber, daß es nicht Gesundheitsrücksichten waren, die Herrn v. Tirpitz veranlaßten, von seinem Posten zu scheiden, an dem er sein Bestes hergegeben hatte zum Ausbau der Flotte, der sein Lebenswerk galt. Herr v. Tirpitz hat in diesem Krieg die Entwicklung der Dinge vielleicht zu sehr nur unter dem Gesichtspunkt seiner eigenen Waffe gesehen. Aber nicht die Marine allein, auch das Heer und die Politik haben ein entscheidendes Wort mitzusprechen, wenn es gilt, wichtige Beschlüsse zu treffen, die für den Gang des Krieges von unübersehbarer Bedeutung sein können. Mit dieser notwendigen Einheitlichkeit der Kriegsführung steht der Rücktritt des Staatssekretärs anscheinend im engen Zusammenhang.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß das Leipziger Organ der Altdenkmäler ein andres Lied sang; damals war es noch auf die Tonart gestimmt, die von Herrn v. Neuenkow in der Deutschen Tageszeitung angeschlagen wurde. Im Berliner Tagesschlag schreibt Theodor Wolff über den Rücktritt des Herrn v. Tirpitz:

Die Einwendungen, die gegen ihn und sein System erhoben werden, kommen teils aus den Kreisen der Marine selbst, teils von außen her. Es wäre zum mindesten überflüssig, jetzt von den Wirkungen zu sprechen, die seine Flottenpolitik auf die Entwicklung der allgemeinen politischen Lage gehabt hat, denn das würde zu Erörterungen gehören, die jeder nicht offiziell draufschreibende, nicht mit ungeprüften Glaubenssäcken aufziedende Betrachter lieber auf späteren Seiten verlässt.

Man wird an diese alten Debatten nur deshalb erinnert, weil jetzt von den schärfsten ehemaligen Unterleibootsgegnern Förderungen erhoben werden, für deren Vertheidigung die lange Ausbildung dieser Waffe genügt nicht förderlich war. Es handelt sich, wie schon wiederholt hier gesagt wurde, bei diesen Forderungen keineswegs um die Durchführung des verschärften Handelskriegs, um die Torpedierung der bewaffneten Handelsfahrt, die in der Denkschrift angekündigt, von jedermann in Deutschland gebilligt wurde und, wie eben erst wieder gegenüber falschen Berichten eine amtliche Erklärung besagte, keine Unterordnung und keine Minde rung erfordert. Diejenigen, die eine so eigenartige Isolation begannen und soviel Raum in Eager brachten, verlangten etwas ganz andres: sie wollten das unbegrenzte, uneingeschränkte Torpedieren, wahllos, gegen jede Nationalität und jede Schiffsorte gerichtet Torpedieren, und für diesen Plan arbeiteten sie mit jedem Mittel, das ihnen zur Verfügung stand. . . . Wir glauben, daß gerade in der Frage, die man mit so großer Ernsthaftigkeit und oft mit unschöner Begeisterung in die Öffentlichkeit geworfen hat, die Reichsregierung, die mit der übersten Heerführung sich einig weiß und naturngemäß ihre Bevölkerung nicht aus den Fenstern hinauswerfen kann, das volle Vertrauen des Volkes verdient. Und wenn man die Schwärmigkeit vorgeworfen hat, so werden andre finden bürlen, daß sie gerade diesmal, unter schwierigen Umständen, Kraft und Fertigkeit zeigt.

Der neue Staatssekretär des Reichsmarineamts, v. Capelle, ist 60 Jahre alt. Bis 1895 war er in der Flotte tätig. Seit 1895 gehörte er dauernd dem Reichsmarineamt an. Zunächst als Dezerent der militärischen Abteilung, dann als Vorstand der Statistikabteilung und seit 1904 als Direktor des Verwaltungsdienstes. Diese Stellung hatte er bis zu seinem Scheiden aus dem Dienst inne. Er nahm den Abschied im November 1915. Er hat an der Ausarbeitung und Durchführung der Tirpitz'schen Flottenpläne erheblichen Anteil gehabt, man rühmt ihm hervorragende organisatorische und verwaltungstechnische Fähigkeiten nach.

In mittelbarem Zusammenhang mit diesen Vorgängen stand die Mittwochsitzung der verstärkten Haushaltskommission des preußischen Abgeordnetenhauses. Man erinnert sich, daß diese Kommission vor einigen Wochen einen Vorstoß gegen die Reichsleitung unternommen hatte. Die Sache selbst wurde vor der Öffentlichkeit beigelegt; jetzt befiehlt man sich noch mit der Frage, ob und wieviel der preußische Landtag bezugt sei, zu Angelegenheiten der auswärtigen Politik Stellung zu nehmen. Der Berichterstatter, der konservative Abgeordnete Dr. Armer, schlug folgende Resolution vor:

Das Haus der Abgeordneten hält gegenwärtig der in dem Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums vom 12. Februar 1916 vertretenen Auffassung an seinem verfassungsmäßigen Rechte fest, der Königlichen Staatsregierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über die Stellung der preußischen Mitglieder des Bundesrats in solchen Fragen zu erfragen.

Staatssekretär Jagow erklärte sich mit dieser Resolution nur für den Fall einverstanden, daß eine Einschränkung aufgenommen werde, wonach die Auskunft nur verlangt werden dürfe in solchen Fragen, in denen der Bundesrat zuständig ist. — Abgeordneter Dr. Pohlmeier von der Fortschrittlichen Volkspartei schlug folgende Gegenresolution vor:

Das Haus der Abgeordneten hält gegenwärtig der in dem Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums vom 12. Februar vertretenen Auffassung an seinem verfassungsmäßigen Rechte fest, der Königlichen Staatsregierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über die Stellung der Staatsregierung im Bundesrat in diesen Fragen zu erfragen.

Die Kommission wollte beschließen, die in dem Schreiben des Ministerpräsidenten vom 12. Februar verübten Fragen der Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten des Reiches durch die hierüber in der Plenarsitzung vom 16. Februar gemachten Bemerkungen des Präsidenten für erledigt zu erklären.

Die Verhandlungen der Kommission wurden als vertraulich erklärt, wir müssen uns deshalb mit der Wiedergabe des Ergebnisses der Debatte begnügen. Der Fortschrittliche Antrag wurde abgelehnt, der Antrag des Berichterstatters kam mit allen gegen die fünf Stimmen der Fortschrittl., Sozialdemokraten und Polen in folgender Fassung zur Annahme:

Das Haus hält gegenwärtig der in dem Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums vom 12. Februar vertretenen Auffassung an seinem verfassungsmäßigen Rechte fest, der Königlichen Staatsregierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über die Stellung der Staatsregierung im Bundesrat in diesen Fragen zu erfragen.

Die Tägliche Rundschau begrüßt mit heller Freude diesen Beschluss. Das altdenkmälerische Blatt behauptet, die Kommission habe schon mit ihrer ersten Resolution „das Gewissen der Nation gewahrt“, und jetzt würden allenfalls alle nationalen Kreise sich freuen, daß gerade in dieser von verhängnisvoller Enthaltung schweren Stunde das preußische Abgeordnetenhaus trotz Herrn v. Jagow mit ernstem Nachdruck erklärt, das Recht zu solcher Gewissenswahrung auch in Zukunft nicht aufzugeben zu wollen“. Wir meinen allerdings, daß die Mehrheit des deutschen Volkes ein ganz andres Urteil fällen wird. Sie wird sagen, daß ein selbstloser Widerspruch entsteht, wenn man erst die uneingeschränkte Anerkennung der Regierungsmaßnahmen fordert, für sich selbst aber das Recht in Anspruch nimmt, fortgesetzt in die außenpolitische und militärische Leitung der Reichsgeschäfte hinzuzurechnen.

Die erste Sitzung des Reichstags war von kurzer Dauer. Die eigenartige Arbeit des Parlaments wird am Donnerstag beginnen, wo Herr Dr. Helfferich seine Staatsrede halten will. Der Reichstag wird dann auf nächsten Mittwoch verklagt. Ende der nächsten Woche wird der Reichskanzler im Reichstag über die Situation sprechen, und im Anschluß daran werden die Rebner der einzelnen Parteien das Wort nehmen. Der Budgetkommission werden überwiesen außer dem Etat die Wirtschaftsfragen, die sozialpolitischen Fragen und die Kriegsgewinnsteuer. Die anderen Steuern gehen an eine besondere Kommission. Für die sozialdemokratische Fraktion werden in der ersten Sitzung des Etats die Genossen Keil und Hoch sprechen. — Die neugebildete Deutsche Fraktion wurde vom Senatorenkonvent anerkannt.

Das Preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Dienstag und Mittwoch mit der Beratung des Kultussets. Die Mittwochsitzung wurde im wesentlichen ausgefüllt mit einer Rede unseres Genossen Adolf Hoffmann, der zunächst vor einer Überhebung in nationalen Fragen warnete und sodann für die Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht eintrat. Es forderte, daß der preußische Kultusminister endlich einmal die Einführung eines solchen Gesetzesvorschlags nach dem Krieg wenigstens

In Aussicht stelle, damit man sehen könne, daß mit der Neuordnung ein Ausgang gemacht wird. Weiter begründete Hoffmann die sozialdemokratischen Anträge über die Einheitschule, die Aushebung der Privilegien des Geistlichen und der Lehrer und die Besteuerung des Vermögens der Toten Hand. Verschiedene seiner Ausführungen riefen Empörung auf der rechten Seite und dem Zentrum hervor, und als er erklärte, daß der Krieg den Boden für den Aufbau von der Kirche gebürgt habe, verließen die Mitglieder der konservativen-Klerikalen Mehrheit bis auf wenige Ausnahmen demonstrativ den Saal. Nach ihm sprach nur noch der Abgeordnete Frhr. v. Wedel, der auf die Hoffmannischen Ausführungen nicht einging, sondern erklärte, daß Christentum sehr zu hoch, als daß es vor solchen Angriffen berührt werden könnte.

Portugal der Vasall Englands.

London, 14. März. Im Unterhause sprach da Usquith unverhältnismäßig war, Sir Edward Grey über den Eintritt Portugals in den Krieg und sagte: Die unmittelbare Ursache der Erklärung des Kriegsgezahndes seitens Deutschlands an den ältesten unter Alliierten war der Entschluß der portugiesischen Regierung, alle deutschen Schiffe zu konfiszieren, welche seit Beginn der Feindseligkeiten in heimischen oder kolonialen Häfen Portugals lagen. Wäre Portugal eine vollkommen neutrale Nation gewesen ohne Bande eines Bündnisfalls mit irgendinem der Kriegsführer, so wäre nichtsdestoweniger sein Vorgehen vollständig gerechtfertigt gewesen. Der Krieg war die Ursache eines schnell wachsenden Mangels an Tonnengehalt in allen Teilen der Welt, und es war klar geworden, daß es im Interesse ihres Landes Pflicht der portugiesischen Regierung war, sich alle in ihren Häfen liegenden und ihr zugänglichen Schiffe zu beschaffen. Dies war die Ansicht der portugiesischen Regierung, und es wurde ihr auch von der britischen Regierung bringend nahegelegt. Der Staat ist im Notfalle zur Requisition des Eigentums aller Einzelpersonen und zu seiner Verwendung für den öffentlichen Gebrauch berechtigt. Dies Recht beruht auf der Souveränität jedes Staats und konnte von keiner fremden Macht beschränkt werden. Portugal indessen war nicht eine neutrale Nation im strengsten Sinne des Wortes. Bei Beginn des Krieges hatte die portugiesische Regierung erklärt, daß sie unter keinen Umständen die Pflichten ihres alten Bündnisses mit Großbritannien unbedacht lassen wollte. (Beifall.) Sie versuchte bei ihrem Vorgehen einen Kurs, der keine dritte Partei verließ. Sie versprach bei der Beschlagnahme die Bezahlung einer Entschädigung, aber die deutsche Regierung überflügelte die Dinge durch ein entschiedenes Verlangen nach einer Erklärung, welches abseits der Kriegerklärung folgte, indem sie so die Lage bestmöglich nutzte einer Entschädigung änderte. Man hat gesehen, daß Deutschland, welches jetzt Portugal eines Neutralitätsbruches beschuldigt, selbst portugiesisches Gebiet im Oktober und im Dezember 1914 verletzt hat durch Einfälle in die portugiesische Kolonie Angola und später durch den Versuch, einen Eingeborenenauftand in Portugiesisch-Ostafrika anzuregen. Portugal kann sich verteidigen, daß Großbritannien und seine Alliierten ihm jede Unterstützung, die es benötigt könnte, gewähren werden. Portugal ist neuzungen worden, sich an die Seite der Alliierten zu stellen, und so sei es willkommen als tapferer Helfer der großen Sache, für die der gegenwärtige Krieg geführt wird.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 15. März. (Amtlicher Bericht vom Dienstagabend.) Nördlich der Aisne versuchten die Deutschen dreimal in unsre Gräben am Rande nordwestlich des Butte-Waldes einzudringen; ferner dieser Versuche hatte Erfolg. In den Argonnen war unsere Artillerie in dem Abschnitt von Four de Paris erfolgreich, wo ein Munitionsbogen zur Explosion gebracht wurde; ebenso wurden Eisenbahn- und Verbindungslinien in der Gegend von Montfacon und Avocourt beschossen. Westlich der Maas verbündete sich die heftige Beschleidigung mit großkalibrigen Granaten auf unsre Stellungen bei Béthincourt und Cumières. Am Nachmittag entwölften die Deutschen einen sehr starken Angriff in diesem Abschnitt, der jedoch auf der ganzen Front unter ersten Verlusten zurückgewiesen wurde. Nur an zwei Punkten unserer Gräben zwischen Béthincourt und Mont Somme vermochte der Feind das Fuß zu fassen. Oftlich der Mosel und in der Woëvre war die Artillerieaktivität während des übrigen Tages sehr lebhaft, kleine Infanterieunternehmungen. Nördlich von St. Mihiel haben unsre Batterien bedeutende Lager des Feindes im Walde von Heudicourt beschossen und eine große Feuerdrum auf dem Bahnhof und den Nebenlagen von Lamarche in der Woëvre hervorgerufen. In Lothringen ist eine feindliche Abteilung nordöstlich von Delme beschossen worden. In den Vogezen herrsche lebhafte beiderseitige Artilleriedeaktivität in dem Abschnitt von Châtelot und im Tale der Thur. Durch Handfeuer auf die feindlichen Gräben bei Stosswehler und Taepach gelang es uns, ungefähr 80 Gefangene und ziemlich wichtiges Material ohne Verluste auf unsrer Seite zu erbeuten. Sechs Flugzeuge der ersten Beschießungsgruppe und eins Flugzeug mit Doppelmotoren haben 42 großkalibrige Bomben auf den Bahnhof von Briey abgeworfen. In der Gegend von Verdun wurden heute sehr zahlreiche Luftangriffe durch die unsrigen über den deutschen Linien abgeschossen worden sind. Eins von unsrigen Flugzeugen wurde östlich von Lure durch vier feindliche Flieger angegriffen, nahm den Kampf an und es gelang ihm, einen feinen Gegner zum Absturz zu bringen, der in der Gegend von Clermont niedergestiegen. Unser Flugzeug ist unbeschädigt in unsre Linien zurückgeführt.

Vom östlichen Krieg.

Die Engländer wieder in Söllum.

London, 14. März. Das Kriegsamt veröffentlichte folgendes Telegramm aus Cairo vom heutigen Datum: Unsre von General Panion befehltenen Truppen werden heute Söllum besetzen. Das Lager der Senussi bei Maadi ist, wie gemeldet wird, unbesetzt. Die Beduinen, welche sich mit den Anhängern Said Ahmed vereinigten, sind demoralisiert, enttäuscht und leiden Hunger. Der angehobene Scheich von Oxfarsa, Matruh, hat sich ergeben. Die Führer des Nubab-Diams haben um Gnade gebeten. Hungernende Beduinen mit ihren Familien kommen in Scharen in unsre Linien, um Nahrung und Obdach zu erhalten, nachdem sie von den Deutzen Said Ahmed vertrieben und mißhandelt worden waren.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der Postverkehr zwischen Holland und England wird am 18. d. M. mit den Schiffen der Zeeland-Gesellschaft wieder aufgenommen werden. Die Abfahrt von Willemstad werde stattfinden am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend, die Abfahrt von England Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Postverkehr der Batavier-Linie nach England wird am 18. einsetzen.

Deutschland.

Die Arbeiten des Reichstags.

Berlin, 15. März. (W. L. B.) Der Senatorenkonvent des Reichstags beriet heute vor Beginn der Sitzung des Plenums aus-

führlich den Arbeitsplan für die beginnende Tagung. Man einigte sich dahin, heute und am Donnerstag Sitzungen abzuhalten, die morgige um 8 Uhr nachmittags, in der der Staatssekretär des Reichskanzlers den Staat und die Steuervorlagen begründen wird. Alsdann soll Vertagung bis nächsten Mittwoch erfolgen. Die erste Sitzung des Staats und der Steuervorlage kostet man an zwei Sitzungstagen der nächsten Woche zu beenden. Der Staat, Kriegswirtschaftliche Fragen und die Kriegsgewinnsteuer sollen dem Auschluß für den Reichshaushalt, die übrigen Steuervorlagen einem Auschluß von 28 Mitgliedern überwiesen werden. Nicht ausgeschlossen ist es, daß die beiden letzten Tage der nächsten Woche zur Erörterung hochpolitischer Fragen bestimmt werden.

Kein Friedensangebot Deutschlands.

London, 15. März. Daily Telegraph schreibt, er habe guten Grund anzunehmen, daß der Bericht der gestrigen amerikanischen Blätter, wonach Deutschland durch Oberst Houle dem Präsidenten Wilson Friedensbedingungen vorgeschlagen habe, unbegründet sei.

Aus- und Durchfuhrverbot. Durch eine Bekanntmachung im Reichsanzeiger wird die Ausfuhr und Durchfuhr von Goldsilber, legiertem Silber und Silberdraht verboten.

Budgetbewilligung in Hamburg. Die sozialdemokratische Fraktion bewilligte am 15. März in der Hamburger Bürgerschaft das Budget. Eine begründende Erklärung wurde, im Gegensatz zum vorigen Jahr, bleibmal nicht abgegeben.

Großbritannien.

Kein Parlament der Alliierten.

London, 14. März. Reuter dementiert die Meldung, daß ein Parlament der alliierten Ländern binnen einigen Wochen in London zusammenentreten soll. Es seien zwar einige Mitglieder der Duma eingeladen und man habe auch an einer Einladung der Mitglieder der französischen Kammer gedacht, aber es sei noch kein Datum festgesetzt und die Besuchs von anderen Parlamentsmitgliedern seien noch unsicher. Es handle sich jedenfalls lediglich um ganz informelle Höflichkeitssbesuche.

Ein Kandidat der Verheiraten.

Rotterdam, 15. März. Der Rotterdamsche Courant meldet aus London, daß Gibson Bowles bei der Wahl in Bexley als Kandidat der verheiraten Männer aufgetreten werde.

Nord-Amerika.

Die Armee auf ihren vollen Stand.

Washington, 15. März. (Reuter) Das Repräsentantenhaus nahm gegen eine Stimme eine Resolution an, durch welche der Präsident ermächtigt wird, die reguläre Armee auf ihren vollen Stand von 120 000 Mann zu bringen.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 15. März. Amtlich. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Neuve Chapelle sprengten wir eine vorgeschobene englische Festungsanlage mit ihrer Besatzung in die Luft.

Die englische Artillerie richtete schweres Feuer auf Vois.

Die französische Artillerie war sehr tätig gegen unsere neue Stellung bei Ville-aux-Vois und gegen verschiedene Abschnitte in der Champagne.

Nördl. der Maas schoben schlesische Truppen mit kräftigem Schwung ihre Linien aus der Gegend westlich des Rabenwaldes auf die Höhe „Toter Mann“ vor. 25 Offiziere und über 1000 Mann vom Feinde wurden unverwundet gefangen. Vielmehr wiederholte Gegenangriff brachte den Franzosen seinerlei Erfolg, wohl aber empfindliche Verluste.

Auf dem rechten Maasdurchlauf und an den Osthängen der Cote rangen die beiderseitigen Artillerien erbittert weiter.

In den Vogezen und südlich davon unternahmen die Franzosen mehrere kleinere Erkundungsversuche, die abgewiesen wurden.

Luitenant Pessers schoß nördlich von Bapaume sein vierter feindliches Flugzeug, einen englischen Doppeldecker, ab. — Bei Bapaume (nordöstlich von Arras) und bei Sivry (an der Maas nordwestlich von Verdun) wurde je ein französisches Flugzeug durch unsre Abwehrschüsse heruntergeholt. Über Haumont (nördlich von Verdun) flog ein französisches Großflugzeug nach Lustamps ab. Seine Insassen sind gefangen, die der übrigen sind tot.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Österreichische Heeresleitung.

Der österreichische Tagesbericht.

Bienn, 15. März. Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Besiegung der Preßlitzkuppe nordwestlich von Ussieloje mehrte hostile Angriffe ab. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Südostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Angriffe des Italiener an der Isonzofront dauern fort. Gestern nachmittag wurde auf der Podgora-Höhe erblitzt gekämpft. Unsre Truppen waren den hier stellenweise eingeschobenen Feind im Handgemenge zurück. Ebenso erfolglos blieb ein gegnerischer Angriff, der nach mehrstündigem Artilleriebeschluß gegen den Raum südwästlich San Martino angelebt wurde. Vor diesem Orte liegen von den vorhergegangenen Kämpfen noch über tausend Feindbedenken. An mehreren anderen Stellen der italienischen Front kam es zu lebhaften Artillerie- und Minenwerferkämpfen. Im Karinianer Grenzgebiet stand unser Fella-Abschnitt, in Tirol der Raum des Col di Lana unter lebhaftem feindlichem Feuer. Italienische Flieger waren, ohne Schaden anzurichten, Bombe auf Triest ab.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Hoefer, Feldmarschallleutnant.

Aus der Partei.

Die Stellung der Organisationen.

Der erweiterte Kreisvorstand des sozialdemokratischen Vereins Essen nahm in mehreren Sitzungen Stellung zu den Differenzen in der Partei. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Abstimmung der Fraktionsminderheit billigt. Eine zweite Resolution stimmt auch der Haltung der erweiterten Minderheit zu. Eine dritte Resolution, die im Falle der Gewilligung der Kriegskredite die bisherige Haltung der Fraktionsmehrheit billigt, wurde abgelehnt.

Eine Kreisgeneralversammlung für den hannoverschen Wahlkreis Hemelingen-Wöhren verurteilte die Heraus-

gabe der Bremerischen Korrespondenz. Die Kreisbewilligung durch die Reichstagsfraktion wurde eingehend besprochen, jedoch kein Beschluß gefaßt.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine farbfröhliche Firma.

Vor einigen Tagen berichteten wir an dieser Stelle über eine Verhandlung des Gewerbegeräts, in der festgestellt wurde, daß die Firma Steinle & Lange, Fleisengericht, Leipzig, Markt, König-Albert-Haus, fortgelegt den Tarif umging und erklärte, daß die Organisation gegen die Firma Beschwerde geführt habe. Auf diese Beschwerde schrieb die Firma:

Zunächst müssen wir Ihre Bemerkung, daß wir fortgelegt den Tarifvertrag umgehen, ganz entschieden zurückweisen, soweit es sich um Arbeit in Leipzig handelt.

Weiter schreibt die Firma, daß sie hauptsächlich auswärtige Arbeiten habe und bei diesen Arbeiten sehr gut auswärtige Leger, die billiger arbeiten, hätte verwenden können. Sie habe dieses aber nicht getan, um die Leipziger Leger beschäftigen zu können (?). Es sei ihr unter diesen Umständen unmöglich, Auslösung zu zahlen, da sie sonst mit anderen Firmen nicht konkurrenzieren könnte. In den vorliegenden Fällen handle es sich um einen Leger, der nicht zu den besten Kräften gehöre. Wenn sie trotzdem ihn fortgelegt beschäftigt habe, so sei dieses nur aus Mildeicht auf seine große Familie geschehen (?). Außerdem sei der Leger ja auch kein Leipziger Leger, da er in Wöhren wohne. Am Schlusse des Schreibens gab sie den Hauptgrund zu den fortgelegten Tarifvertragen an, indem sie schrieb:

Die Hauptschuld, betr. Umgehung des Tarifs liegt nun nicht an uns, sondern nur an dem Fleisengerät G. und können Sie uns als Raubläufe doch nicht verdenken, wenn wir bei den lebhaften an und für sich so schweren Seiten beratige uns gebotene kleine Vorteile angenommen haben.

Und diesen Erklärungen geht einwandfrei hervor, daß die Firma fortgelegt den Tarifvertrag der Fleisengerät umgegangen hat. Die Firma Steinle & Lange protestiert zwar gegen den Vorwurf, sie habe fortgelegt den Tarif umgangen, beschränkt aber den Protest auf die Arbeiten in Leipzig. Was dieser Protest wert ist, geht am besten daraus hervor, daß die Firma selbst zugibt, daß sie in Leipzig nur wenig Arbeiten ausführt, ihre Arbeiten also hauptsächlich in auswärtigen Orten hat. Bei diesen auswärtigen Arbeiten hält sie aber niemals den Tarif ein, wie sie vor dem Gewerbegericht selbst erklärt hat. Aber auch bei Leipziger Arbeiten hat die Firma den Tarifvertrag durchbrochen, wie dieses aus dem bereits abgedruckten Schriftstück hervorgeht. Wie die in Frage kommenden Leger behaupten, wirkte der Firmeninhaber Manger so lange auf die Leger ein — er versprach ihnen, sie bei einer anderen Arbeit berücksichtigen zu wollen — bis sie ihre Namen unter ein Schriftstück legten, das den Tarifvertrag bei einer Arbeit am Hauptbahnhof vollständig außer Kraft setzte. Wenn die Firma zu ihrer Entschuldigung anführt, daß sie die Leipziger Leger nur nach auswärts geschickt habe, damit sie Arbeit hätten, und daß sie den Leger G., trotzdem er kein guter Arbeiter sei, aus Mitleid mit seiner Familie beschäftigt habe, so sind das nur leere Ausreden, mit denen die Firma die wahren Gründe verdecken will. Die Firma beschäftigte die Leger nur, weil sie sich bei den ungünstigen Arbeitsverhältnissen während des Krieges unfreiwillig bereit erklärt, billiger zu arbeiten, die Firma also einen größeren Nutzen hatte, als wenn sie andre Leger zu Tarif-Wöhren beschäftigte. Aus dem, was wir festgestellt haben, müssen wir folgern, daß die Firma die Notlage der Leger benutzt, um die Wöhre zu drücken. So war nicht damit zu zufrieden, daß sie an jedem Tag 250 M. Auslösung zu zahlen, sondern weigerte sich auch die Fahrtzeit zu bezahlen, und als die Leger wegen Materialmangels Entschädigung der Wartzeit beanspruchten, machte die Firma den Leger auch diese Förderung streitig, indem sie führt behauptete, die Leger wären mit einer geringen Entschädigung einverstanden gewesen, was über keineswegs den tatsächlichen Entschädigung ansprach. In welcher Weise es die Firma verstand, die Wöhre zu drücken, geht auch aus der Tatsache hervor, daß die Firma dem Gewerbegericht mitteilte, daß auch in solchen Fällen keine Auslösung gezahlt werden sei, wo die Arbeit für dritte Personen ausgeschöpft wurde. Die Firma Steinle & Lange umging also planmäßig den Tarifvertrag. Begleitend für das Verhalten der Firma ist die Erklärung, der Leger G. sei keine erste Krise. Solange die Firma von dem Leger einen großen Nutzen hatte, war er angelebt, als er aber angesichts der furchtbaren Zeitung eine höhere Entlohnung forderte, wozu er berechtigt war, war er unbrauchbar.

Auf Grund der lebhaften Wirkungsweise und früherer Erfahrungen — die Firma mußte schon im Jahre 1911 wegen Tarifbruch gesperrt werden — und weil wir aus einer Neuherstellung des Herrn Manger in der Verhandlung des Gewerbegerichts entnehmen mußten, daß die Firma den Tarifvertrag nicht mehr anerkennen wollte, haben wir von der Firma eine Erklärung gefordert. Daß auch sie die Firma mit:

Ohne auf den weiteren Inhalt Ihres Schreibens vom 1. d. M. groß einzugehen, erklären wir, daß wir uns nie geweigert haben (?), den Tarifvertrag anzuerkennen und werden dies auch in Zukunft tun.

Mit dieser Erklärung vergleichen man die geschilderten Vorgänge und es wird jeder Mann einsehen, was auf die Erklärung der Firma zu geben ist.

Wir ersuchen nun alle Mitglieder, die von der Firma ein Arbeitsangebot erhalten, uns vor Eintritt in die Beschäftigung Mitteilung zu machen, damit weitere Umgehungen des Tarifvertrags vermieden werden.

Denklicher Bauarbeiterverband. Zweigverein Leipzig.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hermann Müller, Leipzig.

Verantwortlich für den Literatenteil:

Max Segelbeck in Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.



Frauen Leipzigs!

Immer weitere Kreise der Frauen werden in die Erwerbsarbeit hineingezogen. Selbst in den Berufen, die bisher für die Frau aus physischen, hygienischen und anderen Gründen nicht zugänglich waren, sehen wir sie heute arbeitsfähig schaffen. Gleich den Männern umgegangen sie denselben Gefahren und in verstärktem Maße der wirtschaftlichen Ausbeutung. Dringender denn je zwangt sich da den Frauen die Forderung voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung auf.

Donnerstag, den 16. März, abends 1/2 Uhr

Große öffentliche Versammlung

im Saale des Zoologischen Gartens.

Tagesordnung:

Die erwerbstätige Frau im öffentlichen Leben

Referent: Landtagsabgeordneter Fritz Seger, Leipzig.

Aussprache hierzu.

Frauen, Parkeigenossinnen! Gestaltet diese Versammlung zu einer wuchigen Kundgebung für Eure staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Sorgt für zahlreichen Besuch. Parkeigenossen! Gebt Euren Frauen Gelegenheit, an der Versammlung teilzunehmen.

Zurück hat jede über 18 Jahre alle Personen.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs.

J. A.: Carl Schrörs, Tauchaer Straße 19/21, I.

Städtische Arbeiter und Arbeiterinnen aller Ressorts.

Freitag, den 17. März 1916
abends Punkt 1/2 Uhr

Große Versammlung

im Volkshaus, Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung:

1. Unsere Stellung zur Lohnfrage.
2. Gewerkschaftliches.

Einer vollzähligen Beteiligung aller dienstfreien Kollegen und Kolleginnen steht entgegen

Der Einberufer.

H. Schuchardt, Zeitzer Straße 32.

Glaser!

Sonnabend, den 18. März, abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Zeitzer Straße, Café Mitte.

Tagesordnung:

1. Bericht über gewährte Teuerungsabzüge. 2. Gewerbebericht über vom Gewerbeberichtsbeirat Kollegen Karl Leipnitz. 3. Ergänzungswahl zum Verbandsausschuss. 4. Gewerkschaftliches.

Jahrelichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Wagenbauer-Krankenkasse.



Sonnabend, den 18. März
abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlungen.

Zahlstelle Leipzig: im Volkshaus, Zimmer Nr. 1
Zahlstelle Plagwitz: im Restaurant Kamerun
Zahlstelle Lindenau: im Restaurant Stadt Lüthen.

Tagesordnung: Die bevorstehende Generalversammlung in Würzburg und Vorschläge zur Delegation.

Die Mitglieder werden erachtet, zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltungen,

Vermietungen

Wohnen.
2 1/2. Stock, gr. Küche, Rott. 1.4.
J.v. Näh. Wigandstr. 45 i. Nest.

Bekäufe

Möbel neu u. gebraucht, spottb. ganze Einrichtung.
Büro, seitl. Gelegenheitsst. Bitte sich zu überzeugen.
Verbraucher, S. L. Oberdöbler.

Eitel Eitel
Gehleider, Abfälle 1/2. 60.
Nur solange Vorrat reicht.
Plagw., Weihenfels, St. 28
Nähm. verl. d. Verfugungsst.

Schröters Monats-Garderobe
Wächterstr. 24, II. Ein Laden.
Neue u. getr. Kleidung u. Kleid.
neue Jackeis und Mäntel,
Blusen, Röde, Wäsche Schirme
und Kindergarderobe

Herren-Joppen etc. billigt.

1 Paar langsl. Stiefel b. z. v.

Mehner, A., Spindlerstr. 13, I.

Sohne, Ritterstr. 4, Tel. 3305,

Illustration: Original-Muster u. Plakat.

Herrenrad für 25 Mft. zu
vert. Hertelstrasse 21, pt.

Kinderwagen

Klappwagen

POPP

Panorama, Rossmarkt.



Billiger Fisch-Verkauf!

Nur beste lebendfrische Ware!

Goldbarsch Pfund
ohne Kopf 55-

Kabeljau i. Aufsch. 63-

Seelachs im Aufsch. 63-

Schellfisch i. Aufsch. 70-

Angelschellfisch

groß 80-

Angelschellfisch

mittel 75-

Fleischige Brat-

scholle 70-

Täglich frische Räucherwaren.

Nordsee

Reichsstr. 25.

Fest neuer Kastenwagen bill.

g. verl. Ob. Ministerstr. 19, I. I.

Deutsche Forschungsgemeinschaft

DFG

Eine einfache Gas-Hängelampe

und 1 Außenlampe (Ergo)

für Gas zu verkaufen. Freitag,

mittags 12 bis 2, abends

7 bis 8 Uhr. M. B. K. a. n.

Paunsdorfer Straße 20, II. r.

Wasch- u. Fäss. j. u. Schaffr. 56

Kaninchen verl. preisw.

Tierhandlung, Hertelstr. 21.

Universitätsstraße 26, I.

Achtung, Gohlis!

Zump., Neutuch, Knoch., Pap.,

Eif. u. Met. kaufen täglich d. Stück-

preis St. Fr. Schöllner, Gohlis,

Grauhaarstr. 5, Hf. Hole a. ab.*

Expedition d. Velp. Volkssig.

Familien-Nachrichten

Arbeitsmarkt

Geschirrführer

zum halbjährigen Antritt für
schweres Geschirr gefragt.
Zu melden vormittags.

Brauerei Sternburg

Lügden.

Einige

Schlosser

auf landwirtschaftliche
Maschinen steht sofort ein
landwirtschaftliche Maschinenhalle
Liebertwolkwitz.

Tüchtige Zurichter

werden gesucht. Zu erfrag.
L. Dommerlingstr. 80, p.r.

Kräf. Arbeitsbursche

bei geringem Lohn gesucht. Gosson-
geschäft, Schkeuditzer Str. 3.

Fleißiger und laubärter

Rauhbursche

gesucht. Sieglitz-Drogerie.

Telephonisch

können Interate nur in ganz
außergewöhnlich bringenden
Fällen angenommen werden.
Für die richtige Wiedergabe
telephonisch aufgegebener In-
terate leisten wir keine Ga-
rantie.

Expedition d. Velp. Volkssig.

Uhren Goldwaren Optische Artikel

Eigene Werkstatt *
für sämtliche Reparaturen zu
bekannt billigen Preisen.

Edgar Illguth

Brauerei, Reitzenh. Str. 21.

Dr. H. Klenze

Tier- und Pflanzenkunde

Mit 600 Abbildungen und
8 Tafeln in Farbenbrud.

704 Seiten stark.

Eleg. geb. statt 9 M. nur 3 M.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Abteilung Buchhandlung

Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.

Die Auträger und Filialen
der Volkszeitung nehmen Ve-
stellungen entgegen.

Bermischte Anzeigen

Warnung. Da mich meine
Frau Marie Tanner gesch.

Geißert geb. Schierer hin-

tergangen und böswillig ver-

lassen hat, warne ich jedermann,
ihm auf meinen Namen
etwas zu horen, da ich keine
Ruhung leiste.

[2078]

Ernst Tanner, s. 3. im Gelde,
Brandis, Kämmerer.

Warnung.

Warne jeden, welcher Un-
wahres über meinen Sohn
Georg aus sagt. Werde sonst
gerichtlich vorgehen. Brau-
verw. Müller, Großschocher.

Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß der

Otto Opitz

im Alter von 31 Jahren seiner tödlichen Verletzung,
welche er in einem heilen Ringen erhielt.

Sein ruhiges heiteres Wesen und seine pein-
liche Pflichterfüllung sichern ihm unser dauerndes
Gedenken.

[2075] Südvorstädtischer Männerchor.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandten Berufsgenossen.

Zahlstelle Leipzig.

Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß der

College

August Auf der Masch

Müller
am 14. März 1916, abends 1/2 Uhr, im Alter von
52 Jahren nach langerem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag, den 17. März,
1/4 Uhr, vom Trauerhause Stahmeln bei Leipzig
aus statt. Zahlreiche Beteiligung aus allen Mühlen
erwartet

Die Ortsverwaltung.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. März.

Geschichtskalender. 16. März 1880: Johann Halb Weber in Leipzig gestorben (* 1803). 1900: Der Schauspieler Adolph Zukowsky in Berlin gestorben (* 1858). 1915: Der englische Maler Walter Crane in London gestorben.

Sonnenaufgang: 6,15. Sonnenuntergang: 6,4.
Monduntergang: 4,55 vorm., Mondaufgang: 2,81 nachm.

Wetterprognose für Freitag, den 17. März.
Keine wesentliche Änderung.

Aus dem Stadtparlament.

Die Abstimmung des Stadtverordnetenvorstandes, den vierjährigen Haushaltplan der Stadtgemeinde im Automobiltempo noch im Monat März vollständig fertig zu beraten, scheint sich nach den gestrigen Erfahrungen kaum durchzuführen zu lassen. Obwohl die Bedeutung unter dem Druck der gegenwärtigen Verhältnisse im allgemeinen wesentlich eingeschränkt ist, kam es gestern doch zu ziemlich umfangreichen Debatte, so dass, als die öffentliche Sitzung 11 Uhr geschlossen wurde, noch eine Reihe von Tagesordnungspunkten unerledigt waren und aufgerückt werden mussten. Noch ehe die Beratungen des Haushaltplans fortgesetzt wurden, kam es zu einer ausgedehnten, wenn auch ziemlich überflüssigen Aussprache über die Ausschüttung eines Müllbergs auf dem Sachengelände nördlich der Thüringer Eisenbahn zwischen Luppe und Flutrinne. Wir haben den Plan des Rates, der dahin geht, diese Ablagerungen zu einer landschaftlichen Verhöhnung zu benutzen und eine ähnliche, aber noch großartigere Anlage zu schaffen wie den Scherbelberg im Rosental, bereits früher ausführlich besprochen. Vorläufig handelt es sich nur um die Bewilligung der zum Betrieb der Müllabladestelle notwendigen Mittel. Herr Baarwal Weidenbach benutzte aber die Gelegenheit, die kommenden Generationen vor einem zu hohen Steuerdruck zu warnen. Er hatte einen Plan aufgemacht, wonach der Staat aus dem Projekt in den nächsten 25 Jahren Ausgaben von mindestens 1½ Millionen Mark erwachsen würden und brachte schließlich einen Antrag ein, die Beschlussfassung auszuschieben und vom Rat zunächst einen ausführlichen Finanzplan zu verlangen. Er zog seinen Antrag schließlich selbst zurück, nachdem festgestellt worden war, dass die vom Rat geforderte Betriebssumme noch höher werden würde, wenn man das Müll nicht ablagern, sondern verbrennen wollte, wie von einigen Seiten geraten wurde.

Aus dem Haushaltplan kamen gestern die Konten Krankenhäuser, Bäder, Schulamt und höhere Schulen und Evangelische Schulgemeinde zur Erörterung. Auch hier zeigten sich wieder die häbischen Wirkungen des Kriegs auf die Gemeindepolitik. Unter den Gemeinden aufgebrachten Sparsamkeit müssen wichtige Aufgaben liegen. Als der Bau des Krankenhauses St. Georg beschlossen wurde, ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die Unterstützung der Geschäftskranken in St. Jakob alles zu wünschen übrig lasse. Gestern konnte Genosse Pollender feststellen, dass die alten Mißstände unverändert fortbestehen; und Bürgermeister Dr. Weber muhte das bestätigen. Er fand aber eine Entschuldigung in dem Krieg, der einen großen Mangel an Arzten verursacht habe und die Stadt davon abhalte, Gelder für die Erfahrung von Unterkunftsräumen, die modernen Ansprüchen genügen, aufzubringen.

Auch für die Entwicklung der Bäderfrage in Leipzig ist der Krieg ein harter Hemmniss. Freilich scheinen hier auch noch andre Gründe stark mitzuwirken. Denn schon vor drei Jahren erhob Genosse Pollender den Vorwurf, dass der Rat den Bau des städtischen Nordbads systematisch verschleppe. Das trug ihm damals eine Klage durch den Vorstehenden ein. Gestern aber, bei Beratung des Kontos Bäder, war das Kollegium einmütig der Aussöhnung, dass die Eröffnung des neuen Bads ungebührlich lange hinausgeschoben wird. Die Grinde, die Bürgermeister Roth für die Regierung anschwerte, waren äußerst mangelhaft und vermochten um so weniger jemand zu überzeugen, da der Bau bis auf ganz unwesentliche Kleinigkeiten fertiggestellt ist. Bezeichnend für die Wirtschaftspolitik des Rates ist hier, dass einer der Hauptgründe die Nichtaufnahme auf die Existenz einiger privater Badeanstaltbetreiber ist, die bisher aus allgemeinen Mitteln subventioniert werden mussten, um ihre Betriebe nur einigermaßen in brauchbarem Zustand zu erhalten. Herr Roth wies darauf hin, dass eine dieser privaten Anstalten sich in der letzten Zeit wesentlich verbessert habe. Die merkwürdige Aussöhnung, darin einen Grund zu sehen, den städtischen Betrieb noch eine ganze Zeit brachliegen zu lassen, wird noch besonders illustriert durch die Feststellung des Genossen Pollender, dass die Mittel für diese Verbesserung im Betrage von 575 000 Mk. von der Stadt vorgeschossen sind, und zwar zu 4½ Prozent, während die Gemeinde selbst 5 Prozent Zinsen zahlen muß. Die ganze Debatte zeigte von der Schwierigkeit, die der Rat schon öfter bei Betriebsfragen an den Tag gelegt hat.

Beim Konto Schulamt und höhere Schulen wurden eine Reihe Wahrnehmungen zur Sparsamkeit angebracht, die, soweit sie sich auf die von Genossen Vanagas vorgetragenen Bedenken gegen die Fachschule für Drechsler und Bildhauer beziehen, sehr begründet sind. Bemerkenswert ist auch eine von Genossen Wilburg gemachte Feststellung, dass die Baugewerbe-Finnung durch eine hohe Gebühr die gewerbliche Fortbildung ihrer Lehrlinge geradezu erschwert.

Gespart wurde selbstverständlich auch beim Konto: Evangelische Schulgemeinde, das die Volks- und Fortbildungsschulen umfasst. Wie Herr Niemann mitteilte, ist auch für die durch den Krieg weggezogenen Schulfächer kein Erfab geschaffen worden. Einiges Interesse hatte die Debatte über die sogenannte Verwilderung der Jugend. Von den im Kollegium stehenden Schulmännern wurde festgestellt, dass die Verwilderung der Jugend nicht halb so schlimm sei, als von verschiedenen Seiten behauptet wird. Bobauerlich sei allerdings der unheilvolle Einfluss, der durch die Schundliteratur und durch sensationelle Lichspiele auf die Jugend von 14 bis 18 Jahren ausgeübt wird. Gleichzeitig wurde aber auch die sehr vernünftige Meinung ausgesprochen, dass hier die freiwillig gelebte Jugendpflege und Aufklärung viel wirksamer sei als die von den Polizeibehörden gesetzten Zwangsmahrgeln. Wir wollen dabei auf die

Berdenste hinweisen, die sich die proletarischen Jugendorganisationen um die Aufklärung der Jugend und die Bekämpfung der Schundliteratur erworben haben, eine Tätigkeit, die aber gerade in der letzten Zeit durch behördliche Eingriffe in recht erheblichem Maße gestört wird. Herr Dr. Vennewitz äußerte bei seiner Kritik an den Veranstaltungen der Lichtspielhäuser: „Eine strengere Überwachung der Behörden wäre aber wohl am Platze.“ Wir stimmen diesem mit Herrn Dr. Vennewitz aufnahmeweise völlig überein.

Die Süßsee im Weltbild des 16. und 17. Jahrhunderts. Der Verein für Völkerkunde in Leipzig liess am Mittwoch im Graffmuseum von Dr. H. Plischke die Süßsee im Weltbild des 16. und 17. Jahrhunderts behandeln. Der Vortrag sollte ein Beitrag zur ethnographischen Entwicklungsgeschichte des Stilen Oceans sein, die bislang noch keinen entschiedenen Bearbeiter gefunden hat. Dr. Plischke zeigte durch Vortrag und Lichtbilder die Vorstellungen, die im Altertum und im Mittelalter über die damals noch unbekannten Länder herrschten. In Darlegungen, wie sie leider verhältnismäßig selten von völkerkundlichen Völkerkundlern zu hören sind, zeigte er dann die wissenschaftlichen Ursachen, die zu den Entdeckungsfaarten des 16. Jahrhunderts und damit auch zur neuen geographischen und ethnologischen Erkenntnis führten. Wenit er beweist, dass eine ernsthaft betriebene Wissenschaft eben nicht um den historischen Materialismus herumkommt, so sehr sich auch ihre Vertreter gegen seine Anerkennung sperren mögen. Auf den Vortrag naher einzugehen, müssen wir uns leider Raumangst halber verlegen. Nur festhalten wollen wir noch, dass Professor Weule, der Direktor des Graffmuseums und Verfasser mehrerer sehr leserwerter völkerkundlicher Schriften, sich nach dem Vortrage in Angericht gegen England erging, die gerade an einem Völkerkundler pönisch berührten. Auf die Kolonialpolitik Englands etwas näher eingehend, bezeichnete er die Engländer als „Näuber ohne Gewissen“ usw.

Dem Wissenschaftler Weule sind solche Aussätze jedenfalls alles andere denn dienlich.

Für die städtischen Speiseställe hat der Rat beschlossen, eine einmalige Unterstützung von 28 000 Mark zu bewilligen. In einer den Stadtverordneten zugegangenen Vorlage wird darauf hingewiesen, dass die städtischen Speiseställe im vorjährigen Jahre rund 2 000 000 Mahlzeiten verabreicht und mit einem Verlust von 28 000 Mk. abgeschlossen habe. Der Rat meint, ein wesentlicher Teil dieses Verlustes sei darauf zurückzuführen, dass die Anstalten für die Schulen und auf Anweisung der Armenpfleger Speisen geliefert haben. Die am 31. März 1915 von den städtischen Kollegien bewilligten 80 000 Mk. sind im Laufe des Jahres dazu verwendet worden, so eine neue Anstalt in L.-Modau, L.-Kliniken und S.-Connewitz zu errichten und die Volksschule in L.-Schönesfeld durch Aussiedlung neuer Kessel auf die Leistungsfähigkeit der übrigen städtischen Speiseställe zu bringen. Es bestehen demnach jetzt 14 Anstalten, von denen 5 auch abends zur Entnahme von Suppen geöffnet sind. Der Aufpruch ist außerordentlich rege.

Die Leipziger Zigarrenhändler und die Tabaksteuer. In einer vom Verein der Zigarrenhändler von Leipzig und Umgegend veranstalteten Stark besuchten Zigarrenhändlerversammlung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die am 14. März 1915 im Saale des Eldorado tagende Versammlung der Zigarrenhändler nebst Interessenten der Branche von Leipzig und Umgegend ersucht einen hohen Reichstag, die einen starken Konsumzöllegang und eine Vernichtung der Existenz bewirkende Tabaksteuervorlage während des Krieges abzulehnen.

An die Butterhändler sind die nachstehenden Mitteilungen gerichtet, die uns von städtischer Seite zugehen: Die Leipziger Butter-Großhändler, nicht minder aber auch die Kleinhändler sind verpflichtet, über die von ihnen bezogenen und ihnen zugewiesenen Buttermengen und deren Abgabe, nach Inlands- und Auslandsbüttler getrennt, genau Buch zu führen. Die Kleinhändler haben die eingegangenen Buttermarken gesondert nach den ausgedruckten Wochen und Buttermengen zu blenden und diese Blenden drei Monate hindurch aufzubewahren. Bei der Entnahme von Butter vom Großhändler benötigt die Kleinhändler diese Marken vorzulegen. Der Großhändler bemüht danach die Menge der ihnen zugestellten Butter. Beim Empfang der Butter durch den Kleinhändler entwertet der Großhändler die ihm vorgelegten Markenblöcke durch Abschneiden der rechten Ecke. Die Kleinhändler müssen die so entwerteten Blenden drei Monate hindurch aufbewahren. Bei einer Abrechnung müssen die Blinderabschläge mit den vorhandenen Beständen und den angekammelten Marken immer die gleichen Umschätzungen ergeben. Werden die Bestimmungen genau eingehalten, so ist für jedes verkaufte Pfund Butter stets auch die erforderliche Zahl von Buttermarken vorhanden. Zur Überwachung der jüngstigen Einhaltung der erlassenen Bestimmungen werden regelmäßige Kontrollen stattfinden, die bereits in den kommenden Wochen beginnen.

Kriegswurstverkauf in der Markthalle. Vom Nationalen Frauen Dienst wird uns mitgeteilt, dass die Verluste, die teure Blutwurst in ähnlicher Weise wie das Brot mit Kartoffeln zu strecken, gelungen seien. Es sei damit die Möglichkeit gegeben, das nahrhafte und jetzt noch preiswürdige Fleischblut in einer blutwurstähnlichen, schwachsäften und dabei billigen Zubereitung zur menschlichen Nahrung im weitesten Maße auszunutzen. Im Gestalt der K.-Wurst (Kartoffelblutwurst) erhält man nach vorgenommener wissenschaftlicher Prüfung für 1 Mk. etwa dreimal so viel Nährwerteinheiten, wie von einer gewöhnlichen Blutwurst, so dass sie preiswürdigster ist als diese. Der Verkauf solcher Wurst soll demnächst versuchsweise erstmalig im Verkaufsstand des Nationalen Frauen Dienstes in der Markthalle stattfinden. Das Pfund kostet 50 Pf. findet die K.-Wurst Anfang, so sieht ihrer Herstellung in größerem Umfang nichts im Wege.

Nach dem zu urteilen, was man jetzt vielfach als „Wurstsorte“ für teures Geld vorgesetzt bekommt, wird man gut tun, die Ansprüche an die Kriegswurst von vornherein recht niedrig zu schrauben.

Preise für Auslandsgemüse. Vom städtischen Gewerbeamt wird mitgeteilt: In den Geschäften, in denen Auslandsgemüse an die Verbraucher verkauft wird, müssen laut Vorschrift in der Bekanntmachung vom 29. Februar 1915 über den Verkauf mit Auslandsgemüse zwei gleichlautende Schilder (Preisverzeichnisse) aufgehängt werden, auf denen die Überschrift „Auslandsgemüse“ und die einzelnen zum Verkauf kommenden ausländischen Gemüsesorten und die einzelnen Verkaufspreise zu stehen haben. Die Schilder (Preisverzeichnisse) müssen so aufgehängt werden, dass das eine von außerhalb des Geschäfts und das andre innerhalb von den Kästen gut gelesen werden kann. Die Bestimmungen über den Aushang der Preisverzeichnisse in der Ministerialverordnung vom 22. Juli 1915 werden dadurch nicht berührt. Insolgedessen müssen beide Preisverzeichnisse von der Polizei abgestempelt, eine Abschrift der Polizei bei der Abstempelung überreicht und die in ihnen ver-

durchaus rechtskräftige Ansicht. Wenn der Aushang der Preisverzeichnisse ist in allen Fällen, in denen Waren überhaupt im Preisverzeichnis aufzuführen sind, der, dass der Käufer genau über den Preis dieser Waren unterrichtet wird. Dies kann aber z. B. für Gemüse, gleichviel ob es sich nun um inländisches oder ausländisches handelt, nur erreicht werden, wenn der Preis nicht für ein Stück, sondern für eine bestimmte Gewichtsmenge angegeben wird. Es finden demnach neue Nachkontrollen hierzu, wie überhaupt über die Einhaltung der Vorschriften der Ministerialverordnung vom 29. Februar 1915 über den Verkauf mit Auslandsgemüse und der Ministerialverordnung vom 22. Juli 1915 über den Aushang von Preisverzeichnissen statt. Zu widerhandlungen werden strafrechtlich verfolgt werden.

Ablieferung eingebauter Artikelgegenstände. Wie uns der Rat mitteilt, ist es vorsichtig ohne weiteres möglich, dass eingebaute Artikelgegenstände (Türläufe für Scheinräder, Innentüre usw.), die zum Zweck der Erfassungshilfe nach einer auswartigen Fabrik haben geschafft werden müssen, bei der für diese Fabrik zuständigen Metallabnahmestelle abgeliefert werden können. Die Kosten der Rückfahrt können also geteilt werden. Es ist aber dem Quartieramt alsbald der Nachweis über die Einhaltung der Vorschriften der Metallabnahmeverordnung vom 29. Februar 1915 über den Aushang von Preisverzeichnissen statt. Zu widerhandlungen werden strafrechtlich verfolgt werden.

Saatzweibeln. Die Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Festsetzung von Preisen für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut vom 25. Januar 1915 (Reichs-Gesetz. S. 69) ist dahin ausgelegt worden, dass Saatzweibeln nicht unter die Bekanntmachung fallen. Saatzweibeln unterscheiden sich von Chzwiebeln durch ihre Größe so erheblich, dass ersteres als Nahrungsmittel kaum verwendet werden dürfen.

Die Abrechnung der Feldpostsendungen ist nach einer amtlichen Mitteilung in letzter Zeit wieder schriftlich geworden. Unverständliche Abkürzungen, überflüssige und irreführende Ortsangaben auf Sendungen an Feldtruppen verursachen Postbehörden und Verzögerungen zum Nachteil der Empfänger. Die Heeresverwaltung hat wiederholt darauf hingewiesen, dass eine schlichte Abrechnung den Hauptgrund für die Klagen über das Nichteinbrechen von Nachrichten aus der Heimat bildet. Auf die genaueste Beachtung der von der Reichspostverwaltung herausgegebenen Verblätter für den Feldpostbetrieb wird daher im eigenen Interesse der Versender aufmerksam gemacht. Die Truppen sind ebenfalls auf richtige Adressenübermittlung in die Heimat hingewiesen worden.

Pakete an Marineangehörige in der Tscheke. Vom 15. März 1915 an können durch Vermittlung der Paketkammstellte des 1. Erstauf Seebataillons in Riel und der 2. Torpedobataillon in Wilhelmshaven Privatpakete bis zum Höchstgewicht von 10 Kilogramm an Marineangehörige in der Tscheke gesandt werden. Das Gewicht der Pakete war bisher auf 5 Kilogramm beschränkt.

Polizeinachrichten.

Ein unbekannter Leichnam. Im Pleißenflutkanal an der Kettenbrücke ist am Mittwoch früh ein Frauenleichnam angeschwommen und geborgen worden. Die Persönlichkeit der Frau ist noch nicht festgestellt. Sie ist etwa 40–50 Jahre alt, hat weißblondes Haar, braune Augen, etwas dicke Nase und schlechte Zähne. Sie trägt braunen Rock und blaumundwelschgefleckte Jacke; ein Taschentuch ist W. D. gezeichnet. Auffallend hat sich die Frau, die offenbar selbst den Tod gesucht hat, vor ihrer Tat einiger Kleidungsstücke entledigt. Man fand nämlich am Kleidemuster im Connewitzer Holze gestern noch ein dunkles Frauenjackett, ein schwarzes gehäkeltes Kopftuch und eine blaumundwelschgefleckte Waschschürze. Wer zur Personensetzung der Unbekannten Angaben machen kann, sollte dem Polizeiamt bekanntgeben.

Taschendiebstahl. In der Lebensmittelabteilung eines Warenhauses wurde einer 15jährigen Käferin das Geldtäschchen mit über 100 Mk. Inhalt aus der Taschentasche gestohlen. Verdacht über den Täter oder die Täterin sollte man recht bald der Kriminalpolizei mitteilen. Der Dienstherr der Bekohlten sieht eine gute Belohnung an.

Schmerzlicher Verlust. In der Nacht zum 5. März ist in der inneren Stadt einem Fabrikdirektor ein glatter Brillantring mit großem Stein, ohne Kennzeichen, im Wert von 1200 Mk. verlorengegangen. Da der Ring bei sehr verschwunden geblieben ist, wird Fundunterschlagung vermutet.

Vermuteiter Selbstmord. Oberhalb der Bismarckbrücke am Ufer des Rödelstuhbaches wurden gestern mittag ein graublaues Herrenüberleib und ein grauer Hut gefunden. In der Tasche des Überleibes steckte der Roman „Berlin bei Nacht“. Der unbekannte Eigentümer dieser Kleidungsstücke ist vermutlich an der Stelle in selbstmörderischer Absicht ins Wasser gegangen. Nähere Hinweise erbittet das Polizeiamt. Die aufgefundenen Sachen sind dort Zimmer 107 zu besichtigen.

Aus dem Stadtvorordnetenjaal.

(Sitzung vom 15. März 1916)

Als Waisenräte bzw. Erziehmänner für die Bezirke 7, 24, 81, 87, 90 und 103 wurden Lehrer Johannes Reinhardt, Lehrer Tobias Fuchs, Oberlehrer Adolf Dohmann, Scharsteinsegermeister Georg Möhlig, Oberlehrer Martin Falke und Sattler und Tapetzer Hermann Schäfer gewählt.

Der Nachbewilligung von 1000 Mk. Berechnungsgeld für den Anschluss des Rödelstuhbaches wurden gestern mittag ein graublaues Herrenüberleib und ein grauer Hut gefunden. In der Tasche des Überleibes steckte der Roman „Berlin bei Nacht“. Der unbekannte Eigentümer dieser Kleidungsstücke ist vermutlich an der Stelle in selbstmörderischer Absicht ins Wasser gegangen. Nähere Hinweise erbittet das Polizeiamt. Die aufgefundenen Sachen sind dort Zimmer 107 zu besichtigen.

Die Bekanntmachung der Fahrdraht der Wilhelmstraße zwischen Körnerberg und Prinzessinnenstraße endgültig in Maladam wurde genehmigt und die entstehenden Kosten von 3000 Mk. bewilligt. Ein neuer Scherbelberg. Zur Vorlage: Ablagerung von Müll zu einem 40 Meter hohen Berg auf dem nördlich der Thüringer Eisenbahn zwischen Luppe und Flutrinne. Genehmigung von 28 000 Mark für Ausführung der Bergabnahme der Gewerbeaufsicht und Werkunterricht in der Scharnhorststraße an das elektrische Leitungsbauamt wurde zugestimmt und der Rat erachtet, dass Grundstück Scharnhorststraße Nr. 20 (Lehrerbildungsdanstalt für Knabenhandarbeit) im Konto 31 „Gebäude“ des Haushaltplanes mit aufzuführen.

Die Bekanntmachung der Fahrdraht der Wilhelmstraße zwischen Körnerberg und Prinzessinnenstraße endgültig in Maladam wurde genehmigt und die entstehenden Kosten von 3000 Mk. bewilligt. Ein neuer Scherbelberg. Zur Vorlage: Ablagerung von Müll zu einem 40 Meter hohen Berg auf dem nördlich der Thüringer Eisenbahn zwischen Luppe und Flutrinne. Genehmigung von 28 000 Mark für Ausführung der Bergabnahme der Gewerbeaufsicht und Werkunterricht in der Scharnhorststraße an das elektrische Leitungsbauamt wurde zugestimmt und der Rat erachtet, dass Grundstück Scharnhorststraße Nr. 20 (Lehrerbildungsdanstalt für Knabenhandarbeit) im Konto 31 „Gebäude“ des Haushaltplanes mit aufzuführen.

Stadt. Käppeler (1. Abt.) berichtet ausführlich über die Vorlage und die Verhandlungen in den Ausschüssen.

Stadt. Welbenbach (1. Abt.): Die Vorlage hat sicher großen Nutzen und das Material lässt sich beschaffen, aber wir müssen auch der wirtschaftlichen Durchführung auf den Gründen gehen und uns fragen, welche Kosten entstehen im Laufe des Jahres? Beim Scherbelberg war die Auffüllungsfläche 10 000 Quadratmeter groß: hier ist sie 25 000 Quadratmeter groß geplant. Dennoch muss man mit 2½ Millionen Kubikmetern Müll rechnen. Wenn die Auffüllung bewirkt ist, entsteht noch grohe Arbeit. Der Vera muss mit 350 000 Quadratmeter guter Erde überzogen werden. Dann muss eine Bepflanzung

und künstliche Bewässerung vorgenommen werden. Die vorgeschlagenen 3,2 Kilometer Wege 1½ Meter breit bedingen 4800 Quadratmeter Wegherstellung. Der geringe Gewinn bei der Aischaanfuhr steht zum Teil für Leistung von Vorspann oder Benutzung anderer Einrichtungen zur Beförderung des Schutt aus den höheren Lagen des Hügels verloren. Hinzukommt die Anlage der Brücke, die mit 200 000 Mark anzusehen ist. Die ganze Anlage kostet uns 1½ Mill. Mark, die sich zwar auf 25 Jahre verteilen. Es soll ja kein langjähriges Gebürgwerden, sondern eine reizvolle Anlage. Wir müssen prüfen, ob wir den künftigen Stenerahmern diese Vorteile aufzuzeigen. Deshalb beantrage ich, die Beschlußfassung auszuführen und den Rat zu ersuchen, einen Finanzplan vorzulegen. Außerdem wäre noch zu prüfen, ob nicht eine Verbrennungsanlage vorteilhafter für die Stadt ist.

Stadtbaurat Peteröd: Die Müllverbrennung ist in verschiedenen Städten eingeführt, aber in den meisten Fällen ist sie nicht rentabel. Selbst dort, wo mit Steinlochloch gefeuert wird, entstehen hohe Kosten. Bei uns mit Braunkohlesfeuerung müßte erheblich viel Kohle bei der Verbrennung zugesetzt werden. Das Verbrennungsverfahren muß sehr verbessert werden, ehe wir daran denken können, es hier einzuführen. Die Anhäufung ist nach dem Gutachten hygienischer Sachverständiger durchaus einwandfrei. Es ist aber unmöglich, einen Finanzplan aufzustellen, der eingesparten eingeschalten werden kann. Wir wissen nicht, was in den 25 Jahren kommt. Für die nächsten zehn Jahre brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen. Eine künstliche Bewässerung ist nicht nötig, weil die Anlage tatsächlich werden soll.

Bürgermeister Schnaub: Jemandwo muss doch der Müll abgeladen werden. Die Vorlage zeigt uns einen billigen Weg. Lieber die Anlage brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen. Wenn unsre Nachkommen eben den Berg nicht wünschen, so können sie einfach Gras darüber wachsen lassen.

Stadt. Tobias (1. Abt.): Der Vorsitz hat sich sehr unklar ausgedrückt. Meine Herren, es handelt sich um eine Millionenvorlage. (Oha!) Wir vergeben uns nichts, wenn wir uns Zeit nehmen und in den Ausschüssen nochmals beraten.

Stadt. Weidenbach (1. Abt.): Wir müssen heute schon fragen, was werden soll, deshalb brauchen wir den Plan. Wenn man sagt, wir wollen keinen Berg, so ist das etwas anderes. Aber dann können wir auch liegende Fächer durch den Müll entkämpfen.

Vorsteher Dr. Roth: Es ist ein Freium, wenn geplant wird, wir hätten über beliebige Arten entschieden. Vorläufig handelt es sich nur um die in der Vorlage verlangten Mittel.

Stadt. Weidenbach (1. Abt.): Das ist ein Mangel und kein Vorzug der Vorlage.

Stadt. Köppeler (1. Abt.): Es handelt sich nur um Kenntnisnahme des Plans und um Bewilligung der 28 000 Mark zum Betrieb der Müllabfuhrstelle und um die 500 M. jährlich zur Unterhaltung der Ausfallstrecke.

Stadt. Sonnenkof (1. Abt.): Wir brauchen einen Schulablaufplan; ob ein Berg entstehen soll, können wir später beschließen. Die Einrichtung ist durchaus hygienisch einwandfrei.

Nachdem Stadt. Weidenbach seinen Antrag zurückgezogen hatte, wurde die Vorlage gegen eine Stimme angenommen.

Die städtischen Krankenhäuser.

Über das Konto 40 Städtische Krankenhäuser zu St. Jakob und St. Georg berichtet Stadt. Dr. Sonnenkof (1. Abt.).

Stadt. Vogel II (Mittelst.): Er suchte um größere Milchzulieferung bei Kranken nach der Operation und trug einen besonderen Fall vor.

Bürgermeister Pollender (Soz.): Bei den Beratungen über den Bau des Krankenhauses St. Georg habe ich bereits auf die Räume in der Abteilung für Geschlechtskrankheit im Krankenhaus St. Jakob hingewiesen. Heute sind sie immer noch vorhanden und jede Woche gehen mehrere Besucherinnen darüber ein. In St. Georg ist die Behandlung Geschlechtskrankheiten grundsätzlich ausgeschlossen. Ich möchte fragen, wie lange diese unwilligen Zustände noch bestehen bleiben sollen.

Bürgermeister Weber: Es ist Tatsache, daß die Zustände nicht allgemein sind. Die Räume entsprechen nicht den Anforderungen eines modernen Krankenhauses. Nur vor dem Kriege war ein Neubau der betre. Abteilung geplant, mußte aber dann unterlassen werden. Wenn genügend Aerzte vorhanden wären, könnten die Geschlechtskranken wenigstens getrennt werden. Wir könnten dann auch den Betrieb in Süderitz wieder eröffnen oder die Räume der Arbeitsaufsicht in L. Thonberg benutzen. Mit großem Bedauern müßte er erklären, daß sich vorläufig nichts ändern lasse.

Darauf wurde das Konto genehmigt.

Das neue Stadtbau.

Zum Konto 20 "Bäder" wurde vom Betriebs- und Finanzausschuß beantragt, den Rat zu ersuchen, den Gründungsstermin für das Stadtbau auf den 1. Mai 1918 festzusetzen und dementsprechend folgende ordentlichen Anträge zu genehmigen: Einnahmen Auf. 14 „Stadtbau 81 222 M.“ mit 108 222 M., Ausgaben Auf. 98 „Betreibungen und Löhne usw., 33 500 M.“ mit 49 500 M., Ausgaben Auf. 105 „Anfangsbau und Nachbeschaffung der Wäsche und des Inventars, 10 000 M.“ nur mit 1000 M.

Stadt. Jahrmarkt (Mittelst.): Als Berichterstatter schilderte die Errichtung des Stadtbades. Es seien 1 475 000 M. dafür bewilligt worden und 28 000 M. für die Wasserzuführung. Man höre aber, daß bereits 100 000 M. mehr Ueberschreitungen gemacht seien und daß noch mehr hinzukommen würde. Die Eröffnung, die für den 1. Oktober 1914 geplant war, müsse aber nun endlich erfolgen. Deshalb sei in dem Auschluß der Antrag gestellt worden, die Eröffnung auf den 1. Mai festzulegen.

Bürgermeister Roth: Die Angriffe auf die Hinausschiebung der Eröffnung sind unberechtigt. Vergessen Sie doch nicht, daß wir Krieg haben. Der Mangel an geeigneten Arbeitern und die Niedrigsicht auf die Besitzer der Privatbäder halten uns ab, den Betrieb zu eröffnen. Vor dem 1. Juli ist an eine Eröffnung nicht zu denken.

Bürgermeister Pollender (Soz.): Im Finanzausschuß ist beschlossen worden, einen energischen Antrag auf sofortige Eröffnung des Stadtbades zu stellen. Ich muß den Antrag aufs wärmste befürworten. Dem gemischten Bäderausschuß hat man seinerzeit die Hinausschiebung der Eröffnung vorgelegt, seitdem hat er kein Gegenwörter mehr gehört. (Hört, hört!) Schon vor drei Jahren habe ich den Vorwurf erhoben, daß eine bestimmte Verschleierung des Baues vorliege. Damals ist der Vorwurf zurückgewiesen worden. Nun haben wir drei volle Jahre gewartet und die Verschleierung erlebt. Die Eröffnung ist schon in ein paar Wochen möglich. Ich habe mir das Bad angesehen und gefunden, daß die letzten Arbeiten in wenigen Tagen erledigt werden können. Das kann für die Löhne, die der Rat ausgesetzt hat, keine Leute bekommen, ist klar. Aber für angemessenen Lohn sind jetzt noch genug Leute zu haben. Die Rücksicht auf die Privatbadeanstaltbesitzer dürfte nicht so weit gehen, daß die Stadt jährlich rund 100 000 Mark für Zinsen und Gehälter aufzuwenden muß, ohne daß nur ein einzelnes Bad genommen werden könnte. Der Direktor ist schon 1½ Jahre in Leipzig, ohne wirken zu können. Das ist eine Betriebsmethode, die sich nicht verantworten läßt. (Sehr richtig!) Das Bad ist solid gebaut und gut ausgerüstet, ohne Luxus. Man sagt, die geringe Frequenz würde die Eröffnung nicht lohnen. Aber die Kreisfeuerwehr würden froh sein, wenn sie einmal ein vernünftiges Bad nehmen könnten. Wir liegen Jahren auf Blauem vor. Obwohl die Bevölkerung des Brausbades unentbehrlich ist, sind im letzten Jahre 8000 Schwimmbäder und 7000 Warmliegen von Soldaten genommen worden. Hier würden noch ganz andre Zahlen erreicht werden. Wenn wir dann einen Zuschuß zahlen, so ist das nicht so schlimm, als wenn das Bad unbenutzt bleibt. Wasser- und Elektroinstallationsgenießen dabei auch einen kleinen Vorteil. Es muß ungestümte Verbesserung verlangt werden.

Bürgermeister Roth: Herr Pollender schilderte die finanziellen Verhältnisse bei der Betriebsüberführung sehr rosig. So liegen die Dinge aber nicht. Die Zuflüsse an die Privatbäder bleiben auch nach Eröffnung bestehen. Die Rücksicht auf die Badeanstaltbesitzer

liegt doch mit im Interesse der Bevölkerung, die sich dann, wenn sich ein Bad nicht mehr halten kann, andre Badegelegenheit suchen muss.

Bürgermeister Dr. Roth: Bürgermeister Roth hat den wahren Grund für die Verschiebung angegeben, die Finanzen. Ich halte die Rechnung des Herrn Pollender für falsch. Die 17 000 M. müssen auch weiter an die Bäder gezahlt werden. Ich glaube auch nicht, daß die Zahl von 8000 Schwimm- und 150 Warmliegen erreicht wird. Auch die Ansicht des Herrn Pollender über den Bau teile ich nicht. Die ganze Baugruppe dort hat noch niemand befürchtet, den ich hingestellt habe. Das Bad hätte mit weitaus geringeren Mitteln ebenso zweckmäßig gebaut werden können. Nur hören wir mit Bedauern, daß die Nachforderungen immer noch nicht ausreichen. Deshalb bitte ich den Rat, die Abrechnung bald vorzulegen.

Stadt. Sonnenkof (1. Abteilung): Ich möchte die lobenden Worte des Herrn Pollender unterstreichen. Man hat eben schön bauen gelernt. Die Behauptung, daß städtische Bäder schädigend auf Privatbäder wirken, ist längst widerlegt. Das das Gebäude leer stehen soll, tut mir leid. Auch aus hygienischen Gründen ist die baldige Eröffnung notwendig.

Bürgermeister Pollender (Soz.): Ich will nicht streiten, welche Zusätze höher sind. Warten wir die Zukunft ab. Die 17 000 M. Zuschuß sind doch damals nur eingesetzt worden, um den beschämenden Zustand, daß die Schwimmbeden erst aller 14 Tage bis drei Wochen aufzusäubern, abzuhelfen.

Bürgermeister Roth: Wir haben seinerzeit ein bestimmtes Bäderprogramm aufgestellt, in dem die Aufsätze an die Privatbäder eine bestimmte Rolle spielen. Der Bademeister ist erst seit dem 1. Mai angestellt und vorläufig in der Stadtverwaltung tätig.

Stadt. Tobias (1. Abt.): Der Bau der Stadtbäder ist verschwendervoll. Die gemischte Bäderkommission ist die teuerste Einrichtung, die wir uns leisten. Wenn das Bäderprogramm auf diese Weise fortgeführt werden soll, sofrage ich, wo wir das Geld hernehmen sollen. Beihilflich der Ueberschreitungen möchte ich den Rat erlauben, sobald er davon Kenntnis erlangt, das Kollegium zu unterrichten. Sonst könnte doch einmal der Fall eintreten, daß wir nicht aufzunehmen. Wer dann die Ueberschreitungen trägt, das können die Herren unter sich ausmachen. Man hat die Ueberschreitungen u. a. mit der Besteuerung der Wäsche begründet. Wenn man ein Bad 1914 eröffnen will, schafft man doch die Wäsche nicht erst 1916 an.

Darauf wurde das Konto genehmigt und die Anträge angenommen.

Die Leipziger Schulen.

Über das Konto 6: Schulamt und höhere Schulen, berichtete Stadt. Jähne (Mittelst.).

Stadt. Bildung (Soz.): Kritisiert die Verhältnisse an der Gewerbeschule. Besonders seien die Bestimmungen in den Lehrverträgen der freien Innung der Baumeister der Schule hinderlich. Deber Lehrling, der die Schule nicht besucht, müsse jährlich 10 M. an die Innung zahlen, wer aber die Gewerbeschule besucht, müsse 40 M. mehr, also 50 M. zahlen. Daneben noch das Schulgeld selbst, machen den Schulbesuch so teuer, daß er für Arbeitnehmer gar nicht mehr in Frage kommen könnte. Es sei unerlässlich, daß das Schulamt hier eingeschreite.

Stadt. Bammes (Soz.): Bespricht die Hochschule für Drechsler, die mit 10 Schülern 18 000 M. Ausgaben verursachte. Man sollte die Schule befehligen oder mit einer ähnlichen verschmelzen.

Bürgermeister Dr. Roth: Das Realgymnasium in L. Lindenau wird nicht mehr genutzt, so daß es sich empfiehlt, die oberen Klassen aufzuhören. Die Frage der körperlichen Ausbildung der Jugend mit ihren vielseitigen Bestrebungen erforderlich auf den Posten des Turninspektors eine junge Kraft, die alle Gebiete zusammenfassen kann.

Stadtrat Dr. Adermann: bemerkte, daß für die Bestimmungen in Lehrverträgen das Gewerbeamt zuständig ist.

Stadt. Siemann (1. Abt.): Bespricht beim Konto Volksschulen einzelne Schulfragen und kommt auf die angebliche Verwilderung der Jugend zu sprechen. Es werde davon viel zu viel geschrieben und gesprochen. In Wirklichkeit ist eine Verwilderung nicht vorhanden. Die Gefahr besteht allerdings und es sei notwendig, die Bestrebungen der Jugendpflege zu unterstützen. Durch polizeiliche Maßnahmen lasse sich nichts abwenden, sondern nur durch gezielte Jugendpflege. Treten wirklich Fälle von Verwilderung auf, so sei das auf zu hohen Verdienst der jugendlichen zurückzuführen. Es kämen tatsächlich Fälle von 80 M. vor, wie kürzlich ein Streiffall beilegte. Es wird darauf ankommen, die Bestrebungen der Jugendpflege zusammenzufassen und sie auf freiwillige Arbeit aufzubauen. Die staatliche zwangsmäßige Jugendpflege kann längst nicht das leisten, was freiwillige Arbeit tun kann. Auch der Schundliteratur müssen wir mehr Augenmerk schenken. Sie findet trotz aller bisherigen Maßnahmen immer weitere Verbreitung. Einzelne Generalkommandos haben ganze Bitten des Schunds angelegt, die öfters in der Presse veröffentlicht werden müssen. Die Jugendchristenausschüsse müßten mehr unterstützen werden.

Stadt. Hößig (Mittelst.): trat für zwangsweise Einführung des Turnbetriebs in der Fortbildungsschule ein, der an den Tagesunterricht angehängt werden müsse. Abends sind die Jugendlichen abgesperrt. Auch er habe die Erfahrung gemacht, daß die vielversprochene Verwilderung der Jugend nicht vorhanden ist.

Gewiß bringt der Mangel am Platz manche Gefahr. Auch die Verdienste junger Arbeiter — in einem Falle sogar 150 M. wöchentlich — sei verloren, aber die Jugend halte sich im großen und ganzen gut. Der Besuch der Fortbildungsschule leide deshalb, weil den Schülern die Zeit vom Sohne abgezogen würde. Er hoffe, daß sich dem üblichen Vorgehen einiger Werkstätten, den Lohn beim Schulbesuch fortzuzahlen, recht bald alle Betriebe anschließen werden.

Stadt. Dr. Vennewitz (Mittelst.): Von der Verwahrlosung der Jugend habe er auch wenig gernkt. Die Zentrale für Jugendfürsorge denkt ja anders, aber die Wochenberichte sind so widersprüchlich, daß sich daraus ein klares Bild nicht gewinnen lasse.

Das Verbot bestimmter Vorstellungen in den Lichtspielhäusern reiche die Jugend nur zum Besuch an.

Stadt. Bildung (Soz.): Bespricht die Verbreitung der Schundliteratur unter der Jugend. Die Verwilderung ist nicht so groß, als sie hingestellt wird. Schon die lange Arbeitszeit der Jugend verhindert jede Streiche. Die jungen Leute sind dann meist müde und abgepannt. Wir können heilsam sein, daß die Dinge so gehen. In Klagen liegt kein Unrat vor. In unserer alten Turnstadt mitsie ein Mann die Stelle des Turninspektors bekleiden, der den modernen Bestrebungen gewachsen ist. Der jetzige Turninspektor hat viele Jahre lang seine Pflicht getan. Hohes Alter und manuelle Gesundheit hindern ihn, jetzt noch diese Aufgabe zu erfüllen.

Stadtrat Dr. Adermann: Der gemischte Schulausschuß sei auch der Meinung, daß die Klagen über die Verwilderung der Jugend übertrieben seien. Nach allen Erfahrungen und Ermittlungen stehe es um die Jugend besser, als allgemein gespürt werde.

Unter Annahme der gestellten Anträge fanden die Konten Genehmigung.

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung. — Die nächste Sitzung findet am 20. März statt.

Engelsdorf. Maßreisen eingekossen! Die vom hiesigen Ernährungsausschuß bestellten Salzmärcelen kommen morgen freitag, abends von 7—9 Uhr, in der Schule zum Verkauf und kosten pro Stück 20—25 Pf. Benannt hieß ist ein Erfolg für den jetzt so teuren und ziemlich schwer erhältlichen Salzherling. Die Märcelen werden etwa 24 Stunden bei mehrlagigem Wasserwechsel gewälfelt, bis ihnen das Salz entzogen ist. Nachdem sie gut abgetropft, werden sie in ein Seelingutglöck geschöpft und mit Scheiben feingeschnittener Zwiebel, schwarzen Pfefferkörner und Vorbeerblättern bestreut. Guter Weinling wird je nach Geschmack mit Zucker und Wasser vermengt gekocht; nach dessen Erkalten werden die Märcelen damit gut übergossen, bis sie getrocknet sind. Nachdem sie einige Stunden gut gelegen haben, sind die sogenannten "Gewürzmärcelen" gebrauchsfertig zum Anrichten und bilden mit Kartoffeln in der Schule eine delikate Mahlzeit. — Beim Eintritt empfiehlt es sich, daß die Frauen des Papiermangels wegen ein Gesäß (Schlüssel usw.) mitbringen.

Bordorf. An Unterstellungen an die Kriegsäfamilien hat unsre Gemeinde gehabt: Stadtdunterstellungen 1014: 101570 Mark; 1015: 42 288,25 M., bis Februar 1916: 15 216,55 M.; an Stadtdunterstellungen seit Kriegsbeginn also 67 721 M. Hierunter Gemeindemitterstellungen bis Februar 1916 rund 41 000 M., insgesamt 108 721 M.

Bordorf. Aus dem Gemeinderat. Eine Verschluß des Ministeriums des Innern macht darauf aufmerksam, daß nach dem Kriege die kleinen preiswerten Wohnungen gebraucht würden, für deren Beschaffung Staat und Gemeinde sorgen müssen. Der Gemeinderat vertritt, alles zu tun, sowohl sich hierzulande wie in den Kriegsgebieten zu erwerben. Zur Kriegsrente sollen wiederum die Sparkassen selbst mögliche hohe Verträge zulassen. Der Vorstande werden bestimmt, daß die Sparkasse hierzu nicht in der Lage ist, weil schon durch die Sparer viel gezeichnet wurde. Architekt Löbel-Lippsig, der das Grundstück des Baumeisters Wilhelm gemietet hat, erachtet zwei Bäume vor dem Grundstück zu entfernen und eine Straße einzurichten. Einwohner wird im Dorf aufgestellt werden. Wegen Verlust oder Vermietung des der Gemeinde gehörenden Nennmieters Grundstück haben die Herren Nuhn und Montag mit der Amtshauptmannschaft verhandelt. Letzterer ist kein Geist bekannt, daß den Verkauf verbietet. Das Schreiben der Amtshauptmannschaft auf den Gemeindevorstand bestonte aber, daß ein auf den Verkauf gerichteter Beschluß dem Bezirksausschuß zur Entscheidung vorgelegt werden müsse. Der Vorstande spricht warm für die Erhaltung des Grundstücks. Weitere Gemeinderatsmitglieder sind anderer Meinung. Die geheime Abstimmung ergab 6 Stimmen für den Verkauf und 4 Stimmen dagegen. Die Prüfung der Rechnungen für 1914 und 1915 wird dem vereidigten Bürgermeister Haferkorn aus Bordorf zum Preise von 100 M. übertragen. Auf eine Anfrage, ob die Anleger der Lippsig-Bordorfer Baugesellschaft noch einmal zu Strafen- und Schleusenbaulisten herangezogen werden können, wird geantwortet, daß von Tage der gerichtlichen Übernahme die Strafen und Schleusen von der Gemeinde unterhalten werden. Ein Milchhändler hat sich beschwert, daß ihm zwei Gutsbesitzer aus Panitzsch keine Milch mehr liefern. Diese haben aus der Brauerei eröffnet worden, wer keine Milch nach Leipzig liefert, bekommt keine Treber! Man kann sich die Futternot der Landwirte denken, aber auch die Not der Bordorfer Säuglinge und Kranken. Der Vorstande vertritt, sich an den Bezirksverband zu wenden, um aus anderen Orten Milch nach Bordorf einzuführen zu können. Der Gemeinde sind durch den Bezirksverband wieder eine Anzahl Schweine zum Schlachten zur Verfügung gestellt; es wird beschlossen, jede Woche 6 Stück schlachten zu lassen. Hierzu macht der Vorstande den Vorschlag, ein paar Herren aus der Einwohnerchaft zu wählen, die beim Schlachten die Kontrolle ausüben. Hierzu wählt man die Herren Mäde und Krebsmaier. Die Kartoffelversorgung geht recht knapp und langsam von statten, der Vorstande hofft aber, auf Fertigung nach dem Höchstpreis in Kraft getretenen zu kommen. Die Bildung eines Ernährungsausschusses soll auf die nächste Tagessitzung kommen. (Weiter etwas zu spät; die Aufgaben könnte der schon gewählte Kriegsnotausschuß auch mit besorgen.) Zu dem Projekt des Schmidmeisters Ohmien, einen Fußbrückenbau am aufzustellen, liegt die Zeichnung für dieselben, die glauben, Einspruch erheben zu können, 14 Tage im Gemeindeamt aus. Die Bestigerin der sogenannten Schmidschütte ist von der Amtshauptmannschaft wegen der an dem Grundstück vorgenommenen baulichen Veränderungen ohne Einreichung einer Petition in Strafe genommen worden. Es sind auch die bauaufzulögenden Gewerbetreibenden mit je 50 Mark bestraft worden. Der Sparkassenabschluß von 1914 wird vorgetragen und zur Prüfung abgegeben. Das von der Sparkasse Bordorf bestellte Goldfarter wird ausgesondert.

Groß-Walklitzberg. Für Garteninhaber. Der Bezirksobstbauverein Leipzig stellt seine Baumwärter den im Felde stehenden Garteninhabern zur Verfügung. Zur Beseitigung der besonders häufigen Raupenplagen der Goldfarter wird aufgefordert.

Gaußsch.-Vriklett.-Verkauf per Rentner 8 Pf. an Krieger- und minderbemittelte Familien findet jeden Montag, vor mittags von 8 bis 10 Uhr, in der Vorngasse (Kochs Hof) statt.

Iwenzau. Milch höchstpreise. Die Höchstpreise für Milch, die im Kleinverkauf an die Verbraucher abgegeben wird,

Ultermann Ryke.

Ein Geschicht aus dem Jahre 1806 von Edmund Hofer.

Siebzehntes Kapitel.

Wenn alle unfreud werden.

Die Garnison war abmarschiert mit gewaltigem Varm einer gescheiteten Menge von Zuschauern und Teilnehmenden aus allen Städten, denn wie los ist, ja zum Teil geradezu feindselig auch das Verhältnis zwischen Militär und Zivil damals im preußischen Staate war — im Volle regten sich, um nur dieses einen Punkt zu gebrauchen, mehr oder minder alleroft neue Ideen, während man im Heere äußerlich und innerlich über die Zeit Friedrichs des Großen mit seinem Schrift hinaus wolle — es geht dennoch immerhin Leute genug, die freiwillig oder gezwungen es mit den Soldaten hielten. Der Adel, aus dessen Reihen sich die Offizierkorps ergänzten und gelegentlich wenigstens einer oder der andre einmal für eine Frau holte; die Kaufleute und Handwerker, die an die Garnison verlaufen und für sie arbeiteten; die Geldleute, die ihr Kredit gaben; die Galan- und Chantwirte und ihre Stammgäste; die Damen, die Verwandte oder Freunde in den Reihen hatten, und die armen Soldatenweiber endlich oder die leichtsinnigen Mädchen, denen das „zweitelet Tuch“ mehr in die Augen gestochen als die einkahore Bürgertracht — da hatte man denn schon eine hilfliche Menge, die aus den Fenstern ihre Abschiedsgesänge wirkte, auf den Straßen lamentierte und zuletzt Hurra schrie oder gar den Abmarschierenden bis zur Grenze des Stadtbereichs das Geleit gab.

Von den Patrioten und den alten ehrenvollen Stadtburgern sah man unter den Zuschauern freilich wenige und unter den Juristen und Begleitenden niemand. Grade die letzten Tage hatten die alte Spannung zwischen ihnen und der Garnison noch vermehrt — Offiziere und Gemeine hatten sich in größeren Extravaganzien gefallen als je — und in betrifft des ganzen Krieges und noch mehr seines Ausgangs regten sich, wie man weiß, in diesen Klassen vielfach bedeckliche und unbeschlagbare Zweifel. Und so einsam der Altermann Ryke neuerdings auch sonst stehen mochte, — über das, was man von der geringen Kriegskunst mancher älteren Offiziere erfuhr, über all die Pedaanterie und Schwertfülligkeit, die gerade bei dem Ausmarsch sich zeigte wurde als jemals früher, über den furchtbaren Trost endlich, den die Ausmarschierenden mit sich schleppten, schüttete Leidenschaftsweise den Kopf.

Und man fing, da man nun Gelegenheit hatte, die volle Ausrüstung zum Kriege zu sehen, doch an, abzuwagen, was für Nachteile von nordherren eine Arme haben müsse, die unter ihrem Gewicht einherzieht, die in ihrer gesamten Kleidung von Kopf bis zu Fuß so ähnlich und unpraktisch wie irgend möglich ausgerichtet war, für ihre Bagage mehr Raum und mehr Sorgfalt beansprucht, als man sicher den Truppen selber zugestand, und nun einem Feinde entgegentrat, der an praktischer Ausstattung, an Beweglichkeit und an Unabhängigkeit von allem Nebenlichkeiten alles übertraf, was man bisher auch der besten, der alten Arme nachzurühmen vermöchte.

Ja, die Garnison war nun fort; der Brand, der Adam Rykes Speicher mit ihren großen Vorräten verlöschungen, war besiegt und gebaut, und ein paar graue, klischeelegentige folgten dem wunderbar beständigen, sommerlich warmen und klaren Wetter der letzten Wochen und zeigten, wie man glauben mußte, daß der Herbst nur gut zu schnell und kriecht nach seinem Recht verzögerte. In der Stadt herrschte eine leichte Abspannung. Die einen flüchteten sich durch den Abtsleib und allerlei Festivitäten arg mitgenommen; die andern hatten sozusagen von den Anstrengungen und Anstrengungen der Brandauf- und -aufbauzeit noch nicht ausgeschlafen, und alle miteinander flüchteten ihr Unbehagen noch durch die Elegentage bis zum verträglichen und langweiligen Frühstück gesteigert, während auf ihnen zugleich die Erwartung wie ein Alp lastete, was Stadt und Land, Nähe und Ferne von dem bevorstehenden Kampfe zu befafsten hätten würden.

Gebt die Arbeiter waren voll Besetzung und Unlust, die von Adam Ryke zur Aufzähmung der Brandstätte, zur Verbesserung des Neubaus abseits mit voller Energie angestellt wurden. Ward, daß es nur eine Unlust, die gerade in aufgerissenen, gerüschten Zeilen ganze Klassen, die Allerslebstigsten zu überfallen, und sie lieber stehen und aushalten, schwatzen und lästern zu lassen gäbe? Oder hatten sie auch kein rechtes Vertrauen zu dem Wert, daß der Altermann unverzerrt, und bachten sie etwa, wie auch sonst in der Stadt der Fall, daß es nichts als „Augenverbünden“ sei, und daß der hinrende Hote, — d. h. die Erklärung des Handelscherrn, daß es mit ihm und seinem Gehalt zu Ende, — bald nachfolgen würde?

Es gingen in der Stadt zwei sehr verschiedene — sagen wir Ruffassungen oder Erklärungen? — von dem Stande des Rykeshen Gehöfts und von des Altermanns Handeln nebeneinander her, so verschieden, daß sie sich im Grunde zu widersprechen, ja einander aufzuhören schienen.

Die einen und das waren kluge und anständige Leute, die den gleichen wohl zu verstehen und berechnen vermochten, und zu ihnen gehörten nicht nur manche von den alten Freunden und Bekannten der Familie, sondern auch mehr als ein Glied dieser letzteren selbst — diese sagten, daß nach den schlechten, geschäftslosen Zeiten und bei den ganz mindesten zweifelhaften Konjunkturen der nächsten Zukunft, bei den nicht minder anweselhaften übrigen, ungeheuere Mittel beanspruchenden Geschäftes des Hauses, der mit seinen Vorräten verbrannte Speicher ein Schlag sei, den der Altermann fast mit Bestimmtheit nicht überwinden könne — das große Gebäude, schon an und für sich kostbar genug; die Getreidemassen, die ein sehr großes Kapital repräsentierten, und für beides nicht ein Pfennig Ertrag, da man von einer Verstärkung gegen derartige Verluste bezüglich noch so gut wie gar nichts wußte und bei Überwindung des Schadens auf seine eigenen Kräfte angewiesen war.

Das sagten die einen. Unter den andern aber lästerte man sich zuerst zu, sprach es aber allmählich immer unumwundener aus, daß Adam Ryke selber seinen Speicher und sein Haus angegriffen habe, bei dem ersten zu seinem Ziel gelangend, bei dem zweiten durch das unerwartete Sohns unzeitiges Erscheinen an der Vollendung verhindert, ja zur Völkung der entstandenen Glut gezwungen. Dachte man in diesen Kreisen überhaupt daran, daß er durch diese Tat mit sich selber zu nahe getreten und seinen Verlust durch niemand erscheit erlaube, so war man auch schnell genug mit der freilich seltsamen Erklärung bei der Hand: das Haus Ryke sei ohnehin zuiniert und durch Schaltung des im Brande verlorenen leichten Verhütteten doch nicht zu retten gewesen; der Altermann selber aber sei zu hochmütig und ehrgeizig, um das Augenblick zu machen, daß sein Haus durch seine eigenen falschen Spekulationen herbeigeführt worden. Nicht er, sondern das Schicksal solle die Schuld tragen in den Augen der leichtsinnigen Menge.

Die also lästerten und lästerten, waren freilich meistens laune, die man in der Unglücksnacht mit „unverzeihlicher Rückwärtssicht“ in der Beleidigung ihrer Schauenslust und ihrer Rettungsflüster gestört, als man sie vom Hof hinuntertritt und nicht in das Haus ließ. Aber es schlossen sich doch auch andre an, die man am allerwenigsten gerade in diesen Reihen hätte erwarten sollen, und deren Stimmen nun doch eine ganz andere Beachtung beanspruchten und auch sandten.

„Mir macht er kein X fürs U,“ sagte Herr Daniel Münter, der nach einer kurzen Abwesenheit in diesen Tagen zurückgekehrt war und gleich in der ersten Stadt von dem Brande begrüßt wurde, zu Herrn Friedrich Bosenberg mit lauter Stimme. „Er ist von einem Stamm, der das Brennen von jeher verstand, und ist nicht aus der

Art geschlagen. Natürlich hat er's selber angestellt, das Herrn weiter Herr Onkel.“

Friedrich Bosenberg sah den Alten groß an. „Wie ist das?“ fragte er zweifelnd. „Aus einem Stamm, der —“

Der das Breinen verstanden zu haben scheint, wiederholte Daniel Münter mit einer Art von Barschheit. „Es sind, wie ich von meinem lieben Vater wohl noch vernommen habe, von Elternburg her, wo die Ryke herstammen, dazumal allerlei kühne Geiste herausgekommen —“

„Doch sie hand und Hof angeklungen?“ fragte Friedrich ungläublich dazwischen.

„Ungefähr oder vergleichbar, mein Freund. Aber wir brauchen nicht so weit zurückzugehen, haben hier selber die ersten Exemplare erlegt, — wir, gerade wir, die Männer, könnten davon mitreden.“

Friedrich schüttete leise das Haupt. Was er eben vernahm, war doch selbst für sein Mißwollen fast ein wenig zu stark; und nach einem kurzen Schweigen meinte er: „Herr Daniel, Ihr müßt doch von dem alten Peter Christopher auf das Grausame verlegt und beinträchtigt sein, daß Ihr mit solcher Unverschämtheit von ihm und dem Onkel Adam redet und so entschieden gegen ihn steht. Ihr habt mir immer verhelfen —“

„Euch reinen Wein einzuschütten — ja, wenn wir einmal Zeit haben, warum nicht?“ fiel Münter ein. „Ich habe Euch vordem bekannt, daß ich einen Span habe mit diesen Menschen, und da der alte Sünder nicht mehr lebt, halte ich mich an den Jüngeren, den ich ungefähr in der gleichen Stellung gefunden, wie ich Ihnen dazumal vertrieb, und überhaupt und auch sonst etwas derselben Komplexion erachtet darf. Art lädt nicht von Art.“

„Und doch seit Ihr nicht allein grün, was Ryke heißt,“ bemerkte Friedrich wieder nach einer Weile, und es erschien in dem düsteren Gesicht ein lauernder Zug. „Die Kommerzienrätin, meine Mutter, ich selber —“

„Die Kommerzienrätin und Eure Mutter, mein Freund — oh Gott! Ach kämpft nicht mit Weltern!“

„Aber die Weiber vielleicht mit Euch, Herr Daniel.“

„Noch?“ fragte der Alte mit ganz besonderer scharfer Betonung, und sein Auge traf den andern mit einem hellen, holden Blick, halb bohrenden Blick. Er lägte jedoch nicht weiter hinauf, sondern sagte, daß Friedrich gesenkten Blick und abschauend verlegen schwieg, nach einer Pause nur: „Und was Euch selbst angeht, mein Freund, so wißt Ihr wohl, wie wir uns fanden — ich denke nicht zu Eurem Schaden! — Als Sohn Eurer Mutter waret Ihr nicht mir wirklich wert — ich muß Euch in der Tat einmal von all diesem alten Drama erzählen! — und ich hab Euch nicht in der Geltung, die ich Euch gegeben; trotz alter Nebendarren vom Gegenteil, waret Ihr der Herr der Hölle, und würdet zurückgebrannt. Das mißfiel mir, und ich kam Euch zu Hilfe, um Eurem Willen am meisten, Friedrich, glaubt es mir! Und um Eurem Willen habt auch festgehalten, obgleich Ihr mich es nicht leicht gemacht. Denn Ihr seid schwach und ein guter Kerl, wie man das heißt — ein Blick oder Wort, die Euch heimlich ein bisschen isolieren, sind für Euch unüberstreichlich, und Ihr vertraut wieder. Denkt nur an den Sommer, wie Ihr ihnen entgegenkamen seit, und wie Sie Euch gehobt haben. Erinnert Euch —“

„Fassen wir's gehen,“ unterbrach ihn Bosenberg mit verbissenem Grinsen. „Was kommt?“

„Lengnet es, wenn Ihr dürt, daß gerade seit jener Zeit Eure Besuche auf einer gewissen Stelle plötzlich nicht mehr willkommen,“ sprach Münter trocken füllig weiter. „Für Euch machte sie sich heraus, für Euch lebte sie auf —“

„Ach bitte Euch, Herr Daniel, brechen wir davon ab!“

„So gleich. Ich wollte nur noch sagen: und gerade damals war es vorbei. Ihr wißt aber, welchen Einfluß der Adam dort von jeher gehabt; und nun vollends dieser junge Herr Doctor daheim ist — sagt mir, Friedrich,“ drach er ab, „ist sie wirklich von einer solchen Komplexion gewesen oder noch?“ (Fortsetzung folgt.)

Vor Verdun.

Zur Veröffentlichung zugelassen. — Stellvertretender Generalstab.

Abteilung III B.

10. März.

Über die in Verbindung mit den Kämpfen in Verdun in letzter Zeit oft genannte Woerre-Ebene jagt der Wind den Schnee. Bei dem grauen Licht sieht die weiße Landschaft, in der wenige Dörfer und Häuser zu sehen sind, ganz besonders öde aus. Vom Kriege zeugen immer mehr die zerstörten Häuser, je mehr man sich der Stadt nähert. Sowie der Wagen in die ersten Orte einfährt, befindet man sich inmitten des regtesten Kriegstreibens, denn Scharen von Soldaten aller Art und viele Kolonnen beleben die Strecken, aus dem Kampfgebiet kommend oder dorthin gehend, mit Proviant, Munition, Material aller Art. Auch diese Stadt ist furchtbar mitgenommen, wie alle Orte in diesem Kriege, die in den Kampfzone lagen. Unzählige Geschosse haben die städtische Provinzstadt in einen einzigen großen Trümmerhaufen verwandelt, aus dem nur noch ganz wenige Häuser leidlich unversehrt aufragen, so z. B. das Rathaus. Seit dem Beginn des Stellungskrieges lagert dort deutsche Soldaten. Von den Franzosen ist der Ort anbaubarnd bis in die letzte Zeit mit Geschossen bombardiert worden, so daß jetzt von seiner völligen Zerstörung gesprochen werden muss.

Nicht weit von hier entfernt zogen sich die deutschen Stellungen hin, in denen während des langen Stillstands der Operationen unsre Truppen lagen. Wie heftige Kämpfe auch mit dem Stellungskrieg verbunden sind, lebt auf Schritt und Tritt das Aussehen der Nieder und Wiesen und noch mehr der einzelnen Häuser und der ganzen Dörfer. Hunderte, ja tausende Sachen haben die Granaten ihre furchtbaren Spuren hinterlassen. Nun haben im mächtigen Vorstoß die deutschen Truppen ihre Linie weiter vorgeschoben, nach Verdun zu. In Stundenlangen Wandern sah ich die verlassenen deutschen Positionen und diejenigen Stellungen, aus denen die Franzosen vertrieben worden sind.

Wurum nach den ersten großen deutschen Erfolgen vor Verdun neue Schläge nicht rasch folgen sollten, versteht man sofort, wenn man die Wege in diesem Gebiet sieht. Sie waren zerstört und von schwerbeladenen Wagen total zerfahren, auf lange Strecken wie zerstochen. Steine und Schnee haben den zähen Lehmb in einen dichten Brei verwandelt, der nicht selten knietief die Straßen bedeckt. In solchen Dreck können Geschüsse nicht rasch vorwärts gebracht werden, da müssen die Kolonnen und schwerbeladenen Automobile bald stecken bleiben. Hier wird es wahr, daß der Schlamm dem marschierenden Soldaten die Stiefel von den Füßen zieht. Zeit steht es auf den wichtigen Zufahrtsstraßen schon anders aus, wenn auch die Schwierigkeiten noch immer groß genug sind. Zahlreiche Wegeabschnitte sind in Tätigkeit. Viele Hunderte Gefangene sind dabei, die Straßen in einen leidlichen Zustand zu versetzen. Das Baumaterial wird daher genommen, wo man es gerade findet. Aber der Stein, der in der Gegend gebrochen wird, ist weich, so daß bei dem starken Verkehr immer wieder nachgebessert werden muß. Den schweren Lastautomobilen, die großkalibrige Geschosse nach vorn zu den Batterien schaffen, sowie den Säcken der soliden Munitionswagen kann auch die beste Straße nicht lange standhalten. Ferner sind die überquerenden Mengen so groß, daß man sich davon erst einen Begriff machen kann, wenn man die riesigen Mengen aufgestapelter Granaten gesehen hat oder an einer eben verlassenen Batteriestellung die Mengen der verschossenen Kartuschkästen und die Haufen von Geschosshülsen sieht. Raschen Fortgang der militärischen Arbeit ermöglichen nur

glatte, sichere Zufahrtswege. Wie rasch unsre Truppen zu arbeiten vermögen und wie bedeutende Schwierigkeiten von ihnen in Stunden und Tagen überwunden werden, haben sie wieder vor Verdun gezeigt.

Das Dorf Woerre liegt inmitten der alten deutschen Stellung und ist deshalb von den Franzosen durch fortgesetzte Beschleierung fast der Kirche fast vollständig dem Erdoden gleichgemacht worden. Selbst der Kirchhof mit seinen Grabmälern bietet ein grauenvolles Bild der Zerstörung. Hinter Woerre kann man von einer exponierten Höhe beobachten, wie wenig das heftigste französische Feuer vermöcht hat, die deutschen Positionen zu erschüttern, womit nicht gesagt werden soll, daß etwa unsre Truppen dort gute Tage erlebt haben. Immer wieder erscheint es dem Kämpfer als ganz wunderbar, daß unsre Feldgrauen die harte Zeit des Stellungskampfs so tapfer und wohlgemut zu ertragen wußten und sich ihre Stoßkraft unermindert erhalten. Zeit konnte man von der Höhe das Aufstellen eines Fesselballons betrachten und ringsum das Aufstellen und Dröhnen deutscher Geschütze sehen und hören.

Es war 10 Uhr vormittags, als uns hier draußen die Nachricht erreichte, daß vor wenigen Stunden das Panzerfort Vaux von zwei deutschen Regimenten im Sturm genommen worden sei, nachdem von 9 Uhr abends an eine ungemein heftige Beschleierung der Festung erfolgt war. Nun seien die Franzosen dabei, wilde Gegenangriffe zu unternehmen. Denen zu begegnen war die Aufgabe von großkalibrigen deutschen Geschützen, die nun immer zahlreicher in dem Gebiet vor und zu krachen begannen und mit ihrem Gelöse weit in die Luft erfüllten. Wohin die Geschosse gesandt wurden, war nicht zu sehen, denn dichtes Schneegestöber herrschte. Über durch die Telefonbrücke kamen von vorn her die Weisungen, wohin das Feuer wirksam zu richten sei.

Bon dem neuen deutschen Erfolg vor Verdun und der vorhergegangenen Beschleierung von Vaux berichteten bald darauf französische Gefangene, die von Husaren durch das Dorf Morgenalin über, richtiger, durch die Eskimos dieses früheren Dorfes geführt wurden. Bis auf einige Ausnahmen waren es zwar ältere, aber stattliche Männer, die meisten von dem neuerrichteten Regiment 400, außerdem Pioniere, alle waren in noch gut erhaltenem graublauem Uniform getragen und trugen den Stahlhelm. Ein Dorf Vaux waren sie gefangen genommen worden. Sie erzählten, die Wirkung der deutschen Artillerie sei furchtbar gewesen. Die Männer zeigten sich erstaunt und wütig, meinten, der Feind habe allerdings lange genug gedauert, ein Unglück sei es gerade nicht, gefangen zu sein. Da die deutsche Artillerie ihnen durch Sprengsirene die Zufahrt gehalten hatte, waren sie hungrig und ließen sich deutsches Kommissbrot gut schmecken, von dem jeder ein gehöriges Stück erhielt. Als sie photographiert werden sollten, stellten sie sich ausnahmslos verzogen. Als Hintergrund werden auf dem Bild eine Anzahl französischer Kanonen, die erbeutet wurden, zu sehen sein.

Gegen Mittag wurde die Kanonade immer heftiger. Als wir uns dem Walde von Charrière näherten, fausten auch französische Geschosse häufiger durch die Luft.

In dem kleinen Walde von Charrière hatten die Franzosen fast in ihrem Innern vor Verdun eine besonders feste Stellung geschaffen. Vor dem Gelände dehnen sich ganz ebene Felder und Wiesen aus, die ein vollständig freies Schußfeld bieten, so daß eine Annäherung außerordentlich schwer — wenn nicht unmöglich — war. Das Gelände läuft unter schwerem Artilleriefeuer gelegen hat, bewiesen die zahlreichen Trichter darin. Auf dem Marsch zum Walde sogen über unserm Kopf Geschosse herab, die deutsche Kanonen nach Verdun zu schickten. An dieses Gedöse gewöhnt man sich auffällig schnell, so daß es nach einiger Zeit kaum noch Beachtung findet. Sehr viel aufmerksamer beachtet man dagegen den eigentümlich zischenden Ton, den von der feindlichen Stellung kommende Granaten machen, von denen einige in dieses Gebiet geschossen wurden.

Der Wald von Charrière ist jetzt ein tolles Gewirr von zerstörten Baumstümmen, abgeschossenen Ästen und Drahtbinden, die nur ein sehr vorsichtiges Vorwärtskommen gestatten. Wohl haben die Sicherheit in die Tastende gehenden Geschosse, die deutschen Batterien schließen, viele Brüder in den Siedlungsraum hineingelegt, jedoch bilden Stolperdraht und die andern Hindernisse noch auf Schritt und Tritt zuhangen, so daß man jeden Augenblick vor neuem feststeht. Erstaunlich wird das Vorwärtskommen durch die höchstens nebeneinander liegenden tiefen Einschlagsstellen der Granaten. Die fortartig angelegte französische Hauptstellung im Walde ist nicht weitestgehend beschädigt worden, aber doch muß unter der heftigen deutschen Beschleierung vom Februar der Außenhalt in dem Walde für die Belästigung zur Hölle geworden sein; denn er wurde geräumt, ehe ein Sturm erfolgte. Außer einigen Waffen hatte der Gegner nur Handgranaten und einige großkalibrige Geschosse am Rande zurückgelassen.

Sehr viel fluchtartiger sind die französischen Stellungen bei dem Dorf Woerre geräumt worden. Zum Teil gehen die Gräben durch die Gärten und Höfe der Häuser des Dorfes. Dieser Teil der französischen Anlagen ist einer ganz besonders heftigen Beschleierung ausgesetzt gewesen, so daß sie wohl für den Sturm reif war. Der Infanterieangriff ist auch hier nicht mehr nötig gewesen, weil der Gegner den Rückzug antrat. Bei dem Durchqueren der Stellung findet man das erklärlich. Auf einem Raum sind so viele deutsche Geschosse niedergeschlagen, daß das Gelände vor und hinter den Gräben und diese selbst wie mit Granattrichtern bedeckt erscheinen. Die Drahtbindenruinen sind zerstört, die Grabendekungen eingestürzt, so daß man ein Chaos vor sich hat, in dem es noch immer gefährlich ist, zu gehen; denn die bösen Handgranaten stehen nicht nur in Ästen herum, sondern liegen stellenweise auch zahlreich zerstreut unter, so daß man darauf bedacht sein muß, nicht an ein solch gefährliches Ding mit den Stiefeln anzutreten.

Zu einer wilden Stätte ist das Dorf Woerre geworden. Von vielen Häusern steht tatsächlich kein Stein mehr auf dem andern. Ein wildes Durcheinander herrscht auf dem Kirchhof, wo die Grabentaschen von den Gräbern sich mit den Quadern der zerstörten Kirche mischen. Der darüber wachsende Schnee läßt die Vermüllung nicht milde erscheinen, zu der die Franzosen bis in die letzten Tage hinein beigetragen haben, denn der unausführliche Kanonenodonner noch und fern mahnte daran, daß auf weitem Gebiete ringsum das Werk der Zerstörung seine Fortsetzung findet.

Um die Mittagszeit nahm die Kanonade an Heftigkeit zu. Aus Hunderten von Schüssen konnte man es brüllen und sausen hören. Bei näherer Betrachtung war trotz der dicken Luft das Aufblitzen der Geschosse zu sehen. Wie bei langgewohnter Werksarbeit hantieren die Kanoniere nicht selten barhäuptig und in Hemdärmeln. Bisher hatten wir von französischen Geschosse wenig bemerkt. Bei dem unsichtigen Wettern konnte die feindliche Artillerie nur aufs Geratewohl feuern; denn jede Beobachtung zum Zwecke der Erkundung der deutschen Batterien war stundenlang ausgeholt. Dagegen konnten die deutschen Geschosse ihr Feuer nach der Karre ununterbrochen fortsetzen. Von einer Wabkarre, der wir aufstrebten, hielten besonders starke Krachen schwerster Geschosse wider. Die riesigen Geschosse waren aber so auf verdreht, daß man sie erst in nächster Nähe zu sehen vermochte.

geschossene Dorf Hermville passiert hatten, bröckelten Blöcke und noch immer die Geschütze. Nun begannen die Franzosen lebhafter zu antworten. Sie standen am Ausgang von Hermville und beratschlagten wegen des weiteren Wegs, als die erste Granate pfeifend über unsern Köpfen wegging und als Blindläufer laufend in den nächsten Adler schlug. Wir verdrückten über die Wiesen nach dem Wald von Woerz, und in den Gehölzen zwischen Bragnis und St. Maurice erbaut. Das Unterstande, was sie in den Stellungen zurückgelassen haben, sind zahlreiche Hütten, die von den harzigen Truppen errichtet worden sind. Wie in ihrer afrikanischen Heimat haben sie aus Stämmen und Zweigen ein Gerüst angelegt, das mit Leder bekleidet wird. Da nach der heimischen Gewohnheit ist die Form der vielen Hütten, die unverricht stehengeblieben sind, recht verschieden. Mehrere der Negerhütten waren kreisrund und lisen nach oben spitz zu wie ein Wigwam! der Rauch des Feuers zieht durch die Spalte ab. Mehr als ein Dutzend Männer haben darin kaum Platz. Nun haben auch davon deutsche Soldaten Besitz ergriffen, finden die seltsame Unterkunft aber mit Recht wenig behaglich.

Für die Unterbringung einer größeren Anzahl von Menschen sind längliche, ziemlich hohe Lehmhäuser bestimmt, die ihren Hauptflügel zwischen zwei starken Bäumen finden. Schlechlich sind neben Hütten primitiver Art noch große runde Bauten errichtet, die genau so aussiehen wie Abbildungen von innerafrikanischen Dörfern. Von all diesen Bauten, die ganz statlich aussehen, waren unsre Soldaten, die doch im Felde wirklich an manches gewöhnt worden sind, wenig entzückt, weil es nicht warm in ihnen wird. Die Hütten sind für afrikanische Verhältnisse gedacht. Wie mögen darin erst die Schwarzen geforen haben, die Frankreich als Kanonenfutter in den Krieg schleppen.

In den Maritäten, die wir in den Wäldern standen, gehört noch ein kleiner Panzerturn, den die Franzosen für Vorposten benutzt. Zwischen den Stahlwänden liegt eine Schicht kleiner Steine. Wenn es gelingt, während der Nacht ein solches Nachtwächterhäuschen aufzustellen, blitze der darin untergebrachte Mann vor den Augen aus Gewehren und Maschinengewehren geschickt sein.

Von jetzt 8 Uhr bis nach 4 Uhr nachmittags halte die Fahrt und die Wanderung durch die deutschen Stellungen vor Verdun gewährt. Wenn auch mit wechselnder Stärke, dauerte doch die Rundfahrt ohne Unterbrechung fort. Gegen Abend führte der Weg an einer Batterie von Geschützen vorüber, deren Knall einen auffälligen metallischen Klang hatte, als wenn ein Miesengong angeläutet würde. Auf den Wegen nach der vordersten Front zu wurde es lebendiger. Compagnien zogen zur Ablösung nach den neuen Gräben vor. Pioniere rückten mit Gerätewagen vorüber. Zahlreicher wurden die Wagen mit dem Roten Kreuz. Vor allem aber rollten die großen Lastautomobile mit neuen großen Lasten von Geschossen den Batteriestellungen zu. Die vielen Männer, mit denen den Tag über Worte gewechselt wurden, sind zu jeder Anstrengung bereit; denn sie alle sind erfüllt von dem Gedanken, daß es sich um ein großes Ziel handelt: die Erlangung von Verdun.

G. Rosse.

Kleine Chronik.

Altes Theater (Stille Muß). — Über das Stück, das gestern im Alten Theater gespielt wurde, nur ein paar Worte. Es ist eine Dramatisierung der Grillparzerschen Erzählung vom Armen Spielmann, dem Hofratsohn mit dem reinen Herzen, der, von Welt und Menschen immer eingeschöpft, nie dazu kommt, sein Wesen auszubauen, und in thürrender Armut gelebt verdämmt. Der Dramatischer, Rudolf Holzer, ist einmal plump, slawisch abhängig nicht nur vom Stoff, wie ihn Grillparzer hergerichtet hat, sondern auch von Grillparzers Worten, auf der andern Seite voller Lebhaftigkeit, indem er sich annimmt, dem Thema tiefere Bedeutung zu geben. Insofern Holzer sich slawisch an Grillparzers Handlung und Worte hält, wird sein Dramatikergeist insofern er tiefere Bedeutung aufsiebt, seine ganze Künstlerschaft. Nährende Einheit — das ist für einen modernen Kunstdenker nicht genug; er muß von einem Narren schwärmen, der eigentlich schon ein Heiliger ist. Und er muß diesen Heiligen auch für einen Heiligen erklären, indem er in einer künstlich aufgebauten Szene ihm einen revolutionären Künstler gegenüberstellt, der Schausucht nach der Varietät hat. Diese ganze Masse steht im Zusammenhang mit dem Gebarren jener innerlich hohlen Geister, die heutzutage in einem fort alte Gestalten der Sage und Literatur mit Geschwätz behangen und dieses Aufsehen für Neuköpfung, Fortbildung und Vertiefung erläutern. Ob Holzer diesem Tun nur zeitweilig versessen ist, ob

das plump Wichtigtum seinem Wesen entspricht, kann noch der einen Probe seines Schaffens nicht entschieden werden; aber daß uns diese Probe seines Schaffens vorgelegt wurde, war entschieden ebenso unnötig wie die Ausgrabung des widerlichen Schmuckstückes Rothebeue.

gm.

Neues Theater. Freitag, 7 Uhr: Die Königin von Saba. Sonnabend, 7 Uhr: Herbert und Olde. Sonntag, 7 Uhr: Tannhäuser. Montag, 1/2 Uhr: Peer Gynt. Dienstag, 7 Uhr: Rose Vernd. Mittwoch geschlossen. — **Altes Theater.** Freitag, 1/2 Uhr: Kabale und Liebe (Villa Miller; Lore Wagner). Sonnabend, 8 Uhr: Die verunklarte Glocke (Mauendlein); Voro Wagner. Sonntag, 3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Der Widerspenstigen Bähnung), 1/2 Uhr: Die beiden Klingenberg. Montag, 8 Uhr: Die Feuermaus. Dienstag, Mittwoch, geschlossen.

— **Neues Operetten-Theater.** Freitag, 8 Uhr: Polenblut (vollstümliche Vorstellung). Sonnabend, 8 Uhr: Auf Befehl der Kaiserin. Sonntag, 1/2 Uhr: Der dumme August. Montag, 8 Uhr: Der Idiot Bauer (vollstümliche Vorstellung). Dienstag, 8 Uhr: Der Troubadour (vollstümliche Vorstellung). Mittwoch geschlossen.

Leipziger Schauspielhaus. Freitag, 8 Uhr: Der Weibsteufel. Sonnabend, 8 Uhr: Der Gatte des Fräuleins. Sonntag, 1/2 Uhr: Weston Schöffer (Einheitspreise), 1/2 Uhr: Der Gatte des Fräuleins. Montag, 8 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Kameraden). Dienstag, 8 Uhr: Deutschen Gebert. Mittwoch geschlossen.

Battenbergtheater. Allabendlich: Der tolle Haßberg.

Ronette und Vorleser. Freitag, 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus Metropol, Gottschedstraße, Vorlesabend der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft (Vortrag von Dr. Popis über Bewegungsorgane des Menschen); 8 Uhr, in der Albertthalle: Elmlster wälderländer Abend zugunsten Invaliden-Kinder, veranstaltet vom Frauendank 1914, Ortsgruppe Leipzig. — Sonnabend, im Kaufhaus: Lieber- und Duettentheater von Clara Senius-Geyer und Oskar Uhlmann. — Montag, 8 Uhr, im Südlichen Kaufhaus: Elst-Abend von T. Lambino. — Dienstag, 8 Uhr, im Kaufhaus: Lieberabend von H. C. Schlegel. — Mittwoch, 1/2 Uhr, in der Thomaskirche: Drittes Abonnementkonzert des Miebelvereins (Beethoven's Missa solemnis); 1/2 Uhr, in der Reformierten Kirche: Vortrag des Christusbaramas von Althad-Stahn.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Ruhmesblatt.
Donnerstag, den 10. März 74. Unrechts-Vorstellung (R. Holze, rot; Neubell).
Die folgige Eröffnung.

Luftspiel in 3 Akten von Rudolf Krebs und Leo Waller Stein. Aufgeführt von Spielreiter Karl Ruth.

Eintritt 6,- Uhr. Unterg. 7 Uhr. Ende 9,- Uhr. Einheitspreise.

Spielplan: Freitag: Die Königin von Saba. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Richter-Wagner-Platz.

Donnerstag, den 10. März:

Geschlossen.

Spielplan: Freitag: Kabale und Liebe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Wolfsstraße.

Donnerstag, den 10. März abends 8 Uhr.

Eggrätläffler.

Heitere Bilder aus erster Zeit von Bernauer-Schäfer und Gordon. Muß von Walter Hödl und Willi Wredenreiter. Schauspielleitung: Oberstudioballeiter Heinz Groß.

1. Bild: Die Schie. — 2. Bild: 40 Männer über 6 Jahre. — 3. Bild: Die Ver. z. der Arbeit. — 4. Bild: Der Wissensbarometer. — 5. Bild: In der Taube über Paradies. — 6. Bild: Unter den Linden. — 7. Bild: Zwei Wiederschen. — 8. Bild: Am Unterfestspiel. — 9. Bild: Ein Ständchen bei Mutter.

Eintritt 7,- Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 10,- Uhr. Einheitspreise.

Spielplan: Freitag: Polenblut (vollstümliche Vorstellung). Anfang 8 Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/18. Direktion: Erich Blechner. Fernsprechern 1020.

Donnerstag den 10. März abends 8 Uhr.

Der Gatte des Fräuleins.

Kostspiel in 3 Akten von Gabriel Drögele.

Spielleitung: Oberstudioballeiter Bernhard Wildenholz.

Dr. Helga Tanner, 10. geordnete Paul Mederow.

Karl Harten, sein Freund Hans Leibelt.

Herrold Dornbach, E. Wildenholz.

Elisabeth Langfelder Sophie, Kammergofole E. Winter.

Heideleide Böhm, Dieter, Dieter, Bachmann (berg

Heutzulage). Der erste und zweite Akt spielt in der Wohnung des Abgeordneten Tanner, der dritte auf Karlsruher Gut in Niedenthal.

Pause nach dem 2. Akt.

Aufführung 7 1/2 Uhr. Ende 10,- Uhr.

Geschäftsstelle: Breslau.

Tages- und Jahresabonnement Gültigkeits.

Spielplan: Freitag: Der Weibsteufel. Anfang 8 Uhr.

Colosseum und Wintergarten

Voranzeige ab 17. März

Das Rätsel der verschlossenen Tür!

Kriminal-Roman in 3 Akten.

Hauptdarsteller:

Anton de Verdier und Else Frölich.

Zur Konfirmation

Einsegnungskleider

aus reinwollenen Stoffen in schwarz, weiß und farbig 18-21-25-

Paletots u. Jacken

aus Cheviot, Covercoat etc., in verschiedenen Farben 12-15-18-25-

Kleiderröcke

farbig und schwarz, aus Wolle u. gezwirnten Stoffen 3-4-8-12-usw.

Blusen

aus Wolle und gezwirnten Stoffen, in grosser Auswahl 3-5-7-11-

Battenberg

Täglich abends 8 Uhr Künstler-Vorstellung.

Grete Sommerfeld, Konzertsängerin.

3 Salvanos, Radfahrer.

3 Langfelds, Gesang und Tanz.

Gebr. Stanley, "im Billard-Saal"

Kitty Traney, Dressur-Akt.

5 Veras, vorzügl. Drahtseilkünstler.

Paula Theissen, Geigenklünstlerin.

Paul Förster, Improvisator.

Uessem - Familie in ihrer Szene: "Artistenkländer"

Anfang 8 Uhr. Erm. Preise. Sonntags 2 Vorstellungen.

Battenberg - Theater

Heute und morgen, abends 8 1/2 Uhr. Ins. 40. und 49. Mal.

Der toller Haßberg. Spiel in 1. Vorspiel und 5 Aufzügen von B. Corinth-Mühler und Ad. Steinmann. Nach dem vor kurzem erschienen Roman von B. Corinth-Mühler.

Reitstall-Polo!

Neuer Spielplan!

Anfang 8 Uhr. Gewöhnl. Preise. Einsteinkarten 5.50.-



Gemüse- und Obstbau, Kleintierzucht.

Die besten Anleitungen dazu geben aus der Lehrmeister-Bibliothek die Bändchen:

Anleitung zum Gemüsebau 20,- 19 Abb. (Nr. 88/89)

Düngung im Gemüsegarten 20,- (Nr. 322)

Zehnender Kartoffelbau 20,- 8 Abb. (Nr. 111)

Das Mistbett 20,- 30 Abb. (Nr. 200/21)

Der Haubgarten 20,- 8 Abb. (Nr. 1)

Ruktur der Erdbeere 20,- 31 Abb. (Nr. 240)

Tomatenbüschlein 20,- 2 Abb. (Nr. 238)

Prakt. Champignonzucht 20,- (Nr. 140)

Unser Beerensträucher 20,- 19 Abb. (Nr. 281)

Aufzehrige Blüherzucht 20,- 37 Abb. (Nr. 226/27)

Aufzehr. Raninchenzucht 20,- 48 Abb. (Nr. 170/71)

Aufzehrige Ziegenzucht 20,- 60,- 48 Abb. (Nr. 224/25)

Schweinezucht u. -Haltung 20,- 3 Abb. (Nr. 05)

Naninchenschildkröte 20,- 47 Abb. (Nr. 234/25)

Zu bezahlen durch die

Leipziger Buchdruckerei A. G.

(Abteilung Buchhandlung)

Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Die Filialen und Aussträger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Abonnenten berichtigt bei Euren Einkäufen die Inserenten der Leipziger Volkszeitung.

Esst Seefische!

Feinsten blutfrischen Kabeljau

in Ware in ganzen Fischen

52 Pf.

im Anschnitt Pf. 56 Pf.

Bierte 400 Pfennig

Feinste Fette

Bücklinge

Größe ca. 38-40 Stück. Inhalt

3.65 Mk.

Sämtliche Fischdelikatessen und Marinaden.

zu den bill

Reichstag.

23. Sitzung. Mittwoch, den 15. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Raempf begrüßt die Abgeordneten zum neuen Abschnitt der Tagung und gebietet mit röhrenden Worten des Heeres und der Flotte, insbesondere der blühenden Taten der „Möve“.

Die Tagessitzung (die Abstimmung für den Haushaltplan für 1914 und Petitionen) wird debattiert, der Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über eine Petition, die Maßnahmen zum Schutz der deutschen Industrie nach dem Kriege verlangt, wird auf Antrag Basermann (natl.) von der Tagessitzung abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 3 Uhr. (Erste Lesung des Staats- und der Steuervorlagen.)

Schluss 2½ Uhr.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer

34. Sitzung. Mittwoch, 15. März, vormittags 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Dr. Seydelwitz.

Auf der Tagessitzung stehen der

Staats- und Gewerbeausschuss

(Kapitel 16 des ordentlichen Staats-) und der Antrag Gassan und Genossen (Soz.) über das

Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht der Staatssarbeiter.

Der Antrag lautet:

die Regierung zu ersuchen, den staatlichen Bediensteten und Arbeitern die ungehinderte Ausübung des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechts zu sichern. Alle dem entgegenstehenden Dienstvorschriften sind aufzuheben.

Abg. Bauer (natl.) erstatte Bericht über Kapitel 16 und vertragt, die Einnahmen mit 212 000 000 Mk. und die Ausgaben — Antrag der Mehrheit — mit 207 316 784 Mk. zu genehmigen. Eine Deputationsminderheit (nationalliberal) stellt den Antrag, die Ausgaben bei Artikel 18, Position 4, um 6 Millionen Mark zu erhöhen.

Herner beantragt die Deputation, die Petitionen der Roten Hilfe und Bahnhofsverwalter der Staatsregierung zur Verabsichtigung zu überweisen.

Abg. Richter (Soz.)

begründet den Antrag Gassan. Wir stehen noch wie vor auf dem Standpunkt, daß die Staatssarbeiter auf freie Veräußerung des Koalitionsrechts Anspruch wie alle übrigen Arbeiter haben müssen. Das große Weltkriegschaos, das sich gegenwärtig abspielt, hat der deutschen Arbeiterschaft ungeheure Pflichten und noch mehr Opfer aufgelegt.

Gott die Arbeiterschaft nach dem Kriege noch weiter das Aschenbrödel spielen?

Wir sagen: Nein! Die kommende Zeit wird die wirtschaftlichen Kräfte der Arbeiter noch mehr denn je gebrauchen und deshalb können auch die Arbeiter gleiches Recht verlangen. Die Staatsregierung sollte sich etwas mehr um das Wesen und Wollen der Gewerkschaften kümmern, dann würde sie gewiß zu einer anderen Beurteilung der Gewerkschaften kommen. Die uneingeschränkte Ausübung des Koalitionsrechts an die Staatssarbeiter muß den Angeklagten der Neuorientierung in der inneren Politik dienen. Die Vertreter der deutschen Eisenbahnverwaltungen sind unangängt zusammengetreten, um zu der Frage der Verleihung des freien Koalitionsrechts an die Staatssarbeiter, insbesondere die Eisenbahner, Stellung zu nehmen. Viel Neues haben die Herren dabei freilich nicht herausgebracht. Das Resultat dieser Beratungen ist recht phantasievoll ausgefallen. Die Sache steht jetzt so, daß das Vorzeichen der Eisenbahnverwaltungen sich nicht mehr gegen die freien Organisationen als solche richtet, sondern gegen die Streikabsicht und die Arbeiterausstände. Man sollte nun doch wirklich meinen, daß die Eisenbahnverwaltungen endlich zu der Erkenntnis gelangen müssten, daß die freien Organisationen den Streik nur als letztes Mittel betrachten. Der Finanzminister steht aber noch immer in jeder Gewerkschaft einen Streikverein. Der Minister hat in der Deputation gesagt, daß die Befreiungsfreiheit zur Organisation, die das Streikrecht lenkt, verboten ist. Würde dies eine Tatsache sein, so läuft aus der Sprechung gefährlich, so würde dies eine Tatsache sein, die einer besonderen Beurteilung bedürfe. Das sind also die alten Bullen in der alten Glorie, der Weltkrieg wird Tür und Tor geöffnet. Das wichtigste ist: sozialdemokratische und Gewerkschaftszeitungen dürfen nicht von den Staatssarbeitern gelezen werden, weil diese Zeitungen nach Ansicht der Regierung bestreitbar sind, Unzufriedenheit zu erwecken. (Veb. Büschkensche bei den Soz.) Die Eisenbahner dürfen dem Transportarbeiterverband nicht angehören, weil er auf dem Boden des Streikrechts steht. Vergleichbar sucht man also den Funken eines neuen Gedankens. Der Transportarbeiterverband, der nach Ansicht des Finanzministers ein Streikverein ist, hat seit Ausbruch des Krieges bis Ende 1915 2 012 048 Mk. für Kriegsunterstützungszwecke gezahlt.

Ist das nicht eine Tat, die nicht auch vom Finanzminister und den Behörden anerkannt werden sollte? Die Eisenbahner verdienen wirklich, daß man ihnen mehr Verbrauen entgegenbringt, als es jetzt geschieht. Die Staatssarbeiter halten uns jetzt draußen im Schützengraben den Helm vom Halse und selbst behandeln man sie wie unmündige Kinder! (Sehr richtig! bei den Soz.) Verträgt sich das mit den Dingen, die sich gegenwärtig abspielen? Lehnen die Staatssarbeiter nach dem Kriege zurück und finden die alten Zustände vor, so werden sie sich mit Recht fragen: Was hat das nun genutzt? Die Eisenbahner anderer Länder haben das ungehinderte Koalitionsrecht. Die meisten Eisenbahnanstände sind gerade in den Ländern vor gekommen, wo man die Organisationen nicht anerkennen will.

Nach der Gewerbeordnung haben die Eisenbahner und Staatssarbeiter in Deutschland das Recht auf freie Ausübung des Koalitionsrechts. Bei einer andern Gelegenheit hat der Finanzminister den Ausspruch getan, die Eisenbahner könnten sich schon jetzt zusammenfüllen. Gewiß, aber nur in einer Organisation, die den behördlichen Stempel aufweist. Nun, an Vereinen fehlt es sicher schon jetzt nicht. Wir haben im Jahre 1915 828 Eisenbahnvereine mit 524 000 Mitgliedern! Ein gelindes Grinsen kann einen überlaufen, wenn man den Einzelwillen der 828 Vereine nachgehen sollte. Auch die beiden Kammern des Landtages müssen jedes Jahr die zahlreichen Wünsche der verschiedenen Vereine prüfen, die alle auf den Grundton festgestellt sind: Für uns langt der Verdienst zum täglichen Brot nicht mehr auf! Diese sämtlichen Petitionen und Klagen liehen sich vermeiden, wenn sich die Staatsregierung entschließen könnte, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Die Furcht vor der Streiklust der Gewerkschaften ist wirklich unbegründet. Die Gewerkschaften werden bei Differenzen bis zum letzten Minutenblick eine Verständigung suchen und sich auch den Vermittlungsvorschlägen von dritter Seite angeschmiegt erweisen.

Es liegt nur am guten Willen der Regierung und einer gewissen Scheu vor einer Neuerung! Geben Sie jetzt endlich die Bahn frei für ein ungehindertes Koalitionsrecht! Den Sogen daran werden die Arbeiter haben, aber auch der Staat und die Gesellschaft. Geben Sie endlich die alte Aussicht hinreichend der Betrachtung der Gewerkschaften als Streikvereine auf! und neben Sie auch den Staatssarbeiter das freie Koalitionsrecht! Was für die Privatunternehmen anstrebt, muß erst recht für den Staatssarbeiter gelten! (Veb. Bravol bei den Soz.)

Abg. Gassan (Soz.) beantragt, den Antrag Gassan zur Weitererörterung der Beschwerde- und Petitions-Deputation zu überweisen.

Finanzminister v. Seydelwitz: Den Staatssarbeitern steht schon jetzt das Recht zu, sich zu den verschiedensten Zwecken zusammenzuhäufen. Einschränkungen bestehen nur insofern, als sie durch das Staatswohl unabdingbar erforderlich sind. Das gilt insbesondere für das Streikrecht. Den Staatssarbeitern kann ein Recht zu gemeinsamer Kündigung und Arbeitsniederlegung nicht eingeräumt werden. In Anbetracht der heutigen Zeit, in der alle Kräfte gegen den gemeinsamen Feind zusammengekommen werden müssen, sei es eigentlich zu verlangen, daß der Antrag jetzt eingereicht und im Plenum zur Verhandlung gebracht werden sei. (Sehr richtig! rechts.) Der Transportarbeiterverband erkenne den Streik in seinem Statut als zulässiges Mittel an, wenn auch als letztes Mittel. Gewiß sei nach den Erfahrungen in diesem Kriege anzugeben, daß die leitenden Kreise des Transportarbeiterverbandes nicht den Willen haben, es zum Streik kommen zu lassen. Gleichwohl kann die Regierung den Streik zu diesem Verbande nicht gestatten, weil bei veränderten Verhältnissen doch auf jenes legitime Mittel angewiesen werden könnte. In ähnlichem Sinne hat sich auch der Verkehrsminister im Preußischen Abgeordnetenhaus ausgesprochen. Eine Verwaltung, die auf das öffentliche Verkehrsrecht beobacht zu sein hat, darf es nicht zum Streik kommen lassen.

Der Krieg hat an diesen Verhältnissen nichts geändert, im Gegenteil, er hat gerade gezeigt, daß ein Streikrecht der Eisenbahner unter allen Umständen aufzuschließen sein muss. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Gewiß haben sich alle Parteien in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Diese hochfreudige und erhabende Tatsache wolle er gewiß nicht verleidern, aber man dürfe daraus nicht falsche Folgerungen ziehen. Auch der Arbeiter habe das größte Interesse daran, sein Vaterland und damit zugleich seinen eigenen Vaterland und damit zugleich seine Freiheit, nicht gegen alle Russische, zu verteidigen. Parteipolitik habe mit der Sache als überhaupt nichts zu tun. Das Verhalten der Regierung richte sich nicht bloß gegen den Transportarbeiterverband, sondern gegen alle Gewerkschaften, sofern sie das Streikrecht der Eisenbahnarbeiter in Anspruch nehmen. Es handelt sich also nicht um eine parteipolitische Frage, sondern um eine wirtschaftliche, allerdings um eine solche von weittragender Bedeutung. Die sächsische Regierung befindet sich hierbei in Übereinstimmung mit den andern deutschen Eisenbahnverwaltungen, insbesondere mit Preußen und Bayern. Die Stellungnahme der sächsischen Regierung sei also die: Die Staatsbahnverwaltung hat als solche mit Politik nichts zu tun, ihr liegt die rein praktische Aufgabe ob, die Eisenbahnen dem Staatswohl und den wirtschaftlichen Interessen des Volkes ohne Rücksicht auf Parteiinteressen in möglichst weitem Umfang dienstbar zu machen. Was die Beteiligung an Versammlungen anbelangt, so will die Regierung in dieser Beziehung dem Eisenbahnpersonal keine Schwierigkeiten bereiten. Bei diesem grundsätzlichen Einigegomen soll aber kein Zweck daran gelassen werden, daß die Versammlungen nicht dazu benutzt werden dürfen, die Eisenbahner mit Streikabsichten zu belästigen. Die Verwaltung kann sich auch nicht das Recht nehmen, gegen solche Preherzeugnisse einzuschreiten, die bestrebt sind, die Unzufriedenheit unter den Staatssarbeitern zu erwecken. Auch wenn sie nicht dulden, daß sich die Angestellten und Arbeiter des Staates agitatorisch betätigen und Bestrebungen haben, die im Gegensatz zur monarchischen Verfassung des Staates stehen.

Von einem Aschenbrödel der Staatssarbeiter könne keine Rede sein. Vor den hervorragenden Leistungen des Eisenbahnpersonals im jetzigen Krieg ziehe gewiß jeder den Hut. Und besten bedürfen die Eisenbahner, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, gar nicht des Streikrechts; ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse würden unter Mitwirkung des Landtags geregelt und es werde dabei alles getan, um die Wünsche dieser Leute zu erfüllen. Auch besteht die Hoffnung, die Arbeiterausfälle weiter auszubauen im Sinne eines engeren Zusammenschlusses mit der Verwaltung! (Abg. Müller (Soz.): Das mag schön aussehen!) Es bedürfe also einer besonderen Zwischenvertretung durchaus nicht. Für die Eisenbahner liege also kein Grund vor, sich den Gewerkschaften anzuschließen, die für alle anderen Arbeiter ja ganz zweckmäßig sein mögen. Die Abwendung der Bünde der Antragsteller liegt im Interesse der Allgemeinheit, die vor den üblichen Folgen eines Eisenbahnstreiks bewahrt werden müsse, aber auch im Interesse der Staatssarbeiter selbst. (Beschluß bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Dr. Seydel (natl.): Die Vergünstigung des Anlagekapitals sei in Sachsen geringer als in andern Bundesstaaten. Durch einfache Ausführung mancher Bauten könnte noch viel gespart werden.

Er wolle aber nicht, daß an den Arbeiterlöhnen unberechtigterweise gespart werden solle. Dann begründet Redner seinen Antrag auf Heraushebung der Ausgaben für Vermehrung der Fahrzeuge um 6 Mill. Mark. Seine politischen Freunde dächten nicht daran, der Regierung die Mittel zu verweigern, die zur Unterhaltung und Vermehrung des Wagenparks notwendig seien. Der Antrag sei nur rein formaler Natur und solle nur die etatliche Möglichkeit geben, bei Kap. 20 die Entscheidung über Zuschläge zur Staatssteuer späterer Zeit zu verschieben. Man wolle sich durchaus nicht den Lasten entziehen, sondern nur den Zeitpunkt der Entscheidung hinausschieben, bis man die Frage klarer beantworten könne. Redner bittet, seinem Antrag zugestimmen, um den Staat zum Ausgleich zu bringen. Was den Antrag Gassan anbelangt, so verklage er nicht, daß er jetzt gekommen sei. Der Beantwortung einer solchen Frage solle man nicht aus dem Wege gehen. Er habe alle Hochachtung vor den Leistungen der Gewerkschaften! (Abg. Müller (Soz.): Das ist ein billiges Kompliment!) Auch die Staatssarbeiter hätten ihre Pflicht getan. Trotzdem münden dem Antrage sachliche Bedenken entgegen! Es solle deshalb auch der vom Antragsteller geltend gemachte Grund für ein freieres Koalitionsrecht der Staatssarbeiter. Zugestimmen sei den Ausführungen des Finanzministers, daß das Koalitionsrecht der Staatssarbeiter nicht in engster, sondern in großräumiger Weise behandelt werden soll.

Wir können aber nicht den Eisenbahner das Recht zum Streik zuerkennen.

(Zuruf bei den Soz.: Und wenn sie es doch tun!) Dann haben Sie die Verantwortung! (Widerspruch bei den Soz.) Zwischen Privat- und Staatsbetrieben ist ein bedeutender Unterschied. Der Staat ist nicht bloß Unternehmer, sondern gleichzeitig auch Anwalt der Allgemeinheit. Ein großer Teil der Eisenbahner legt auf das freie Koalitionsrecht gar keinen Wert. Als ein Ausgleich für die Beschränkung in Sachen des Koalitionsrechts ist zu erachten, daß die Eisenbahnarbeiter mit der Zeit in ein festes und unklubbares Verhältnis hineingewachsen und unter allen Umständen einen auskömmlichen Lohn beziehen. (Zuruf bei den Soz.: Wie sieht es aber in der Praxis aus! Der Präsident ersucht um Ruhe und schlägt mit dem Hammer auf den Tisch.) Vor allem ist es aber ein Ausgleich, daß der Landtag selbst in der Lage ist, ein Wort bei den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Eisenbahner mitzureden. Wir lehnen also das Streikrecht für die Eisenbahner und Staatssarbeiter ab! (Bravol bei den bürgerlichen Parteien)

Abg. Günther (Fortschr. Bg.) schließt sich im allgemeinen dem Vorender an. Man könne die sechs Millionen Mark ruhig absehen, ohne daß daraus ein Schaden für die dringenden Staatsbedürfnisse erwäche. Der Antrag Seydel könne keinen Einfluss auf irgendwelche Kapitel ausüben. Ein dringender Antrag, die Steuerzuschläge schon jetzt anzufordern, liege nicht vor. Die Verantwortung dafür müsse man denen überlassen, die die gegenwärtige schwere Zeit ohne zwingende sachliche Notwendigkeit für neigt zu halten, den Staat mit hohen, nicht unbedingt notwendigen Ausgaben

für Vermehrung des Wagenparks zu belasten. — Die Staatssarbeiter könnten sich hinsichtlich des Versammlungsrechts und der Ausübung ebenso frei bewegen wie alle übrigen Arbeiter auf Grund der Gesetzgebung. Freilich könnte kein Zweifel darüber bestehen, daß bei den Arbeitern in den Staatsbetrieben die Verhältnisse wesentlich anders liegen als bei den Arbeitern in Privatbetrieben. Es könnte

nur ein Koalitionsrecht ohne Streikrecht

in Frage kommen. Ein Streikrecht der Staatssarbeiter würde nichts andres bedeuten, als daß es möglich wäre, den ganzen Wirtschaftsbetrieb im Laufe eines schönen Tages lahmzulegen. Das allgemeine Staats- und Wohlfahrtsrecht müsse über das Streikrecht stehen. (Bravol bei den Fortsch.)

Finanzminister v. Seydelwitz verteidigt die Steuerzuschläge, die das mindeste enthielten, was unbedingt verlangt werden müsse. Auch eine Verlängerung der Steuerfrage sei nicht angängig. Eine Streichung der sechs Millionen empfehle sich schon deshalb nicht, weil die Wagenfabriken schon nach Beschäftigung rufen.

Bezirkspräsident Opiz (konf.) meint, daß der Antrag Gassan geplant sein könnte, den Bürgersiedeln zu föhren, da sich in diesem Punkte bekanntlich die Ansichten der Parteien in der schärfsten Weise auseinanderseien. Zur Sache selbst müsse er sagen, daß das Vereins- und Versammlungsrecht in Sachsen doch wirklich so beschaffen sei, daß auch die äußerste Linke sich darüber beschlagen könnte. Auch der sozialdemokratische Anteilstandort würde, wenn es zu einem solchen mal kommen sollte — woran er nicht glaubt — — wieder zur Sicherung seiner Existenz den Eisenbahner nicht das Streikrecht zuschreiben können. Vorwegend zu wirken sei immer noch der mildere und menschlichere Weg, als Streik mit Gewalt blutig niederzuschlagen. Jeder praktisch denkende und verständige Mensch müsse diesen Weg billigen. Die Ausführung des Reichsdeutschlandsgedankens müsse an der organisatorischen Unmöglichkeit scheitern.

Abg. Gassan (Soz.)

Wie von allen Seiten anerkannt, habe das Eisenbahnpersonal auch während des Krieges seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan. Wenn auf der einen Seite solche Leistungen zu verzeichnen sind, dann sollte man aber auch erwarten, daß an der anderen Seite die Anerkennung sich umsetzt in Dinge, die einen realen Sinn haben: daß man den Staatssarbeiter die staatsbürglerlichen Rechte gibt, die man ihnen bisher verweigert hat. Bei den Verhandlungen in den anderen Parlamenten über diesen Punkt kam immer noch ein milderndes und verständliches Moment zum Ausdruck, in Sachen dagegen soll alles beim alten bleiben. In ähnlicher Übereinstimmung haben die Herren Opiz bis Günther die Folgen eines Eisenbahnstreiks Schwarz in Schwarz gemacht, und doch haben die Eisenbahnarbeiterstreiks so, wie sie vor kommen sind, nicht das Fundament des Wirtschaftssystems gefährdet oder gar erschüttert. Es gibt librarians auch noch andere Mittel, die in Frage kommen, z. B. das Mittel der passiven Resistenzen, das bereits von den Österreichern erfolgreich angewendet worden ist.

Der Streik ist eine Machfrage.

Auch die in Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter haben sich erst das Streikrecht erkämpfen müssen. Mit papieren Verbitten ist der Streik der Eisenbahner nicht für alle Zeiten unmöglich zu machen. Da der Streik zweifellos eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens bedeutet, so stehen auch die Organisationslinien auf dem Standpunkt, daß der Streik erst als allerletztes Mittel anzuwenden ist, wenn alle anderen Mittel veragt haben. Es ist aber nicht anzurechnen, daß die Eisenbahnarbeiter in absehbarer Zeit zu diesem Schritt gedrängt werden könnten. Wenn heute die Kohlenarbeiter oder die Bäderarbeiter streiken würden, wäre da der Effekt leichter Endes nicht dasselbe? Wäre da die Gefahr für die Ernährung des Volkes, ihr unser ganzes Wirtschaftsleben nicht dieselbe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In Bayern hat der Ministerpräsident erklärt, daß dem Beitritt zum Transportarbeiterverband nichts in den Weg gelegt werden soll. Man erblickt dort also in dem Beitritt zum Verband keine Streitgefahr. Demgegenüber hat heute der Abg. Dr. Seydel erklärt: Hier gibt es keine Kongressionen! das ist aber entgegen der Meinung der Eisenbahnarbeiter in Aussicht gestellt. Das hört sich ganz schön an, es möge aber auf die früheren Verhandlungen im Landtag hingewiesen sein. Damals haben die Herren erklärt, man müsse der Regierung in dieser Pflicht freie Hand lassen. Maßregelungen schlimmster Art, die nicht etwa wegen Streits oder Auszehrungskampf zum Verband erfolgten, sondern nur, weil die Arbeiter sich einmal den Bericht ihres Abgeordneten anhören wollten, haben den Verfall bei Ihnen gesund.

Die alten Bahnen der Reichslosigkeit werden auch ferner bestehen.

Sogar die Stellungnahme des preußischen Verkehrsministers war noch günstiger als die des sächsischen Finanzministers. Der preußische Minister hat erklärt, daß dem Beitritt zum Verband nichts entgegenstehe, sobald die Streikklausel aus dem Statut entfernt werde. Demgegenüber sagt der sächsische Minister: falls das Statut geändert werden sollte, so ist das eine Tatsache, die noch einer besonderen Beurteilung zu unterwerfen wäre. Das bedeutet mit anderen Worten: Kehrt so viel wie wollt an der Sitzung, wie werden nach wie das System der Reichslosigkeit beibehalten! (Sehr richtig! bei den Soz.) Mit der Befürmung erwachsener Männer über die Sitzung kommen wir noch weiter zurück als man bisher schon war. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir können also stolz sein, daß Sachsen hinsichtlich des Koalitionsrechts der Eisenbahner die ältere reaktionärste Stellung einnimmt!

(Sehr richtig! bei den Soz.) Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß andere Bundesstaaten, wie Baden und Oldenburg, eine solche Beschränkung des Koalitionsrechts der Eisenbahnarbeiter überhaupt nicht kennen. Haben diese Staaten etwa ein geringeres Verantwortungsbewußtsein? Die Eisenbahner werden nun wohl alle Hoffnung auf ein freies Koalitionsrecht begraben müssen, doch ist offenkundig geworden, daß Sachsen mit seinem Minister und den bürgerlichen Parteien diese Frage in einer großen Zeit am kleinlichsten und reaktionärsten behandelt hat.

Bezirkspräsident Opiz bittet, solche Ausdrücke zu unterlassen. (Zuruf bei den Soz.: Tritt aber zu!) Abg. Gassan (fortsährend) bringt dann ausführlich Wünsche und Klagen der Eisenbahner über Personalfragen, Behandlung der Arbeiter, Akkordlohn, Frauendarbeit, Arbeitszeit und Überstunden. Der Antrag Seydel bringt dann eine Gegenstellung, die auf Grund der politischen Karte ist auf alle Fälle kein Ideal. Keine Zeit sei so geeignet, den Gedanken einer Erhöhung der niedrigsten Löhne gefordert zu werden, immer erklärt, daß es ganz ausgeschlossen sei, welche Forderungen zu erfüllen, um dann einige Wochen später doch eine solche Erhöhung amtlich bekanntzugeben. Hoffentlich werde auch diesmal die Sache denselben Weg gehen. Dann wäre die sozialdemokratische Kritik nicht umsonst gewesen. — Die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens dürfe nicht an der Besiedlung lokaler Interessen scheitern. Eine achtjährige Zentralverwaltung auf Grund der politischen Karte ist auf alle Fälle kein Ideal. Keine Zeit sei so geeignet, den Gedanken einer Erhöhung der niedrigsten Löhne mit großer Nachdruck zu verleihen, als eine gegenwärtige Woche mit Hilfe der industri

Abg. Dr. Neithammer (soz.): Der Transportarbeiterverband habe es abgelehnt, die Streikzession aus dem Statut zu streichen. Solange dies nicht erfolgt sei, können wir die Erörterung der Frage als nicht sachlich und ernst gesehen anerkennen, müssen ihr vielmehr nur agitatorische Bedeutung beimessen.

Abg. Dr. Hähnel (kons.) und der Verlegerstatter Abg. Bauer (natl.) verteidigen den Antrag der Deputationsmehrheit in der Steuerfrage, während Abg. Dr. Jöpke (natl.) für den Minderheitsantrag Seyfert eintritt und das Verhalten der Sozialdemokratie zur Steuerbewilligung rätselhaft findet. Die äußerste Linke habe sich offenbar von den Schlagworten der direkten Stenoren und der Progressisten betören lassen.

Finanzminister v. Seydeburg behauptet, daß in der Streikfrage die sächsische Regierung auf demselben Standpunkte stand wie die übrigen deutschen Eisenbahnverwaltungen. Gegen den Reichseisenbahndienst habe sich neuerdings auch der preußische Eisenbahnminister ausgesprochen.

abg. Wirth (soz.):

Das den Eisenbahnen von allen Seiten gespendete Lob hat durch die Stellungnahme zum Antrage Costan einen bitteren Vergleich bekommen. Allerdings ist bei den heutigen Verhandlungen von der Regierung und den bürgerlichen Parteien ein anderer Ton wie früher angeklungen worden. Die Verhältnisse haben sich eben gedreht. Deshalb haben wir eben den Antrag eingebracht; wir wollen eben wissen, wie sich die Dinge in Zukunft gestalten werden. Es soll nicht nach dem Kriege heißen: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, nun mag er gehen! Eine solche Angst vor dem Streik der Eisenbahner kann nur der haben, der schuldbezw. ist. (Sehr richtig! b. d. soz.) Die Eisenbahner verlangen doch nur dieselben Rechte wie sie die anderen Staatsbürger besitzen. Daß die Eisenbahner in bezug auf Entlohnung und Arbeitszeit nicht zu günstig gestellt werden, dafür sorgen schon die Regierung und die bürgerlichen Parteien dieses Hauses. Wer behauptet, daß die Eisenbahner gar nichts vom Koalitionsrecht wissen wollen, beweist nur, daß er mit diesen Kreisen absolut keine Führungnahme verfügt. Den Eisenbahner soll das Leben ordnungseinbildung verbieten sein. Was ist denn ordnungseinbildung? Ordnungseinbildung ist nach unserer Ansicht, wenn der Reichskanzler ohne Gehör der Bundesstaaten die Kartoffelzölle erhöht und dadurch weite Kreise der Bevölkerung in eine schwierige Lage versetzt.

Früher hat man Eisenbahner wegen ihrer sozialistischen Gewinnung auf die Strafe geworfen. Hält man sich diese schieren Vorgänge vor Augen, so kann man sich nicht glauben machen, daß nun ein Wandel eintreten soll. Wenn der Krieg vorbei ist, wird vielleicht alles beim Alten bleiben.

Nebener polemisierte dann gegen den Abg. Dr. Seyfert wegen des geforderten Abtrichts von 6 Millionen Mark bei Titel 18 mit dem Bemerkern, daß man sich da gerade den unglücklichsten Titel ausgefunden habe, wo gespart werden sollte. Gerade die Zeit nach dem Kriege werde beweisen, daß wir diese Mittel sehr gut gebrauchen werden und daß sie noch nicht einmal ausreichen werden. Nach dem Kriege werde sich der Wagenmangel besonders fühlbar machen und deshalb sei es Pflicht, schon jetzt die Mittel bereitzustellen, damit dann sofort Verbesserung da sei.

Zum Schlus bringt Redner noch zahlreiche Wünsche und Klagen der Eisenbahner vor, namentlich solche, die sich auf die Urlaubsverhältnisse und unangemessene Behandlung beziehen.

Abg. Richter (soz.) rechnet in seinem Schluswort mit den bürgerlichen Parteien wegen ihrer Haltung zum Antrage Costan ab, — darauf folgen noch eine Reihe persönlicher Bemerkungen und Achtungserklärungen.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags der Deputationsmehrheit mit 45 gegen 29 (fortschrittlich und nationalliberal) Stimmen. Mit der Mehrheit gingen auch die Nationalliberalen Döhler und Bauer. Damit hatte sich der Antrag der Minderheit auf Streichung der 6 Millionen erledigt. Am übrigen wurde Kapitel 18 einstimmig genehmigt.

Der Antrag Costan ging an die Beschränkung der Kammer-Petitionsdeputation.

Nächste Sitzung: Donnerstag, vormittags 11½ Uhr.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtag.

Dresden, 15. März.

Dem Eisenbahnwesen galt die heutige Sitzung der Zweiten Kammer. Auf der Tagesordnung stand die Schlussberatung der Rechenschaftsdeputation zu Kapitel 16 des Rechenschaftsberichts und die Schlussberatung über den Bericht der Finanzdeputation A zu demselben Kapitel des Staats für 1910/17, Staatsbahnbahnen, sowie die allgemeine Vorberatung über den sozialdemokratischen Antrag auf Gewährung des Koalitionsrechts an die Staatsarbeiter. Wie es mit dem Koalitionsrecht der Staatsarbeiter in Sachsen aussieht, ist gestern an dieser Stelle ausführlich gezeigt worden. Die Begründung des sozialdemokratischen Antrags hatte Genosse Richter übernommen. Kurz und prägnant forderte er die volle staatsbürgliche Gleichheit auch für die Staatsarbeiter und bezeichnete die Vorentscheidung dieses Grundrechts der Arbeiter als eine unerhörte Ungerechtigkeit. Gleich nach unserm Redner nahm der Finanzminister v. Seydeburg, dem die Staatsbahnen unterstellt sind, das Wort zu längeren Ausführungen, ohne allerdings gegenüber dem, was bis jetzt über die Stellung der Staatsregierung zu dieser Frage bekannt geworden ist, auch nur etwas Neues zu sagen, oder auch nur einen Schimmer Entgegenkommen zu zeigen. Der Minister begnügte sich aber nicht nur damit, die sozialdemokratische Forderung für die Regierung abzulehnen, sondern er verlangte auch klipp und klar von der Zweiten Kammer, daß sie den Antrag nicht, wie beantragt worden war, an die Rechenschaftsdeputation zu verweisen, sondern ihn ohne weiteres ablehne. Und der Finanzminister sandt den lauten Beifall der bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme der Fortschrittsler. Man durfte deshalb annehmen, daß die Fortschrittsler für den sozialdemokratischen Antrag eintreten würden. Das war jedoch ein großer Irrtum. Nachdem für die Nationalliberalen der Abg. Seyfert sich auf den Standpunkt der Regierung gestellt und erklärt hatte, daß an ein Koalitionsrecht mit Streikrecht nicht zu denken sei, daß seine Freunde dieser Frage keine Konzession machen würden, ging der Fortschrittsführer Günther ins Zeug, um mit vollen Böden die volle staatsbürgliche Gleichheit für die Eisenbahner zu verlangen, um dann mit dem stärksten Brustaufwand zu betonen, daß das Streikrecht an die Staatsarbeiter unmöglich gewährt werden könne, weil durch einen Streik unser ganzes Wirtschaftsleben außer Rand und Band gebracht werden würde. Für die Konservativen erging sich der Vizepräsident Oppiz zu derselben Frage in langen Ausführungen; er sprach natürlich ebenfalls ablehnend und glaubte einen besonderen Triumph auszuspielen mit der Bemerkung, daß auch in einem sozialdemokratischen Zukunftstaate eine solche Forderung verwirkt werden müsse, weil ihre Erfüllung jede Ordnung des Wirtschaftslebens fören würde. Mit sarkastischem Spott fertigte Genosse Costan alle diese Argumente — in Bayern haben die Nationalliberalen sich durchaus im Sinne der Forderungen der Eisenbahner ausgedrückt, während sich unsere Liberalen schroff ablehnend verhalten — und gehörte besonders die Haltung

des Finanzministers, der noch weit hinter dem zurückbleibt, was selbst in Preußen angestanden worden ist. In Preußen erklärte der Eisenbahnminister klarlich im Abgeordnetenhaus, daß die Anerkennung der Gewerkschaften und das Koalitionsrecht nichts im Wege steht, wenn das Streikrecht gestrichen werde. Der sächsische Finanzminister aber meint, daß auch dies noch nichts an der Haltung der Regierung ändern werde, und Genosse Costan schloß deshalb mit Recht, daß es Sturm bedeute, wenn die sächsische Regierung daran festhalte, den Staatsarbeitern die staatsbürgliche Gleichberechtigung vorzuwerfen.

Die Beratung über den Koalitionsrechtsantrag war mit der Beratung über Kapitel 16 verbunden. Die Abgeordneten Seyfert und Günther brachten den in der Finanzdeputation A abgelehnten Antrag, bei Titel 14 12 Millionen Mark zu streichen, um den Steuerzuschlag zu sparen, wieder ein. Sie bis in die späten Abendstunden sich hinziehenden Beratungen waren zum guten Teil ausgestattet von dem Für und Wider des erwähnten Antrages. Auch der Finanzminister äußerte sich noch einmal ausführlich — in diesem Falle zutreffend — zu der Frage. Daneben spielte auch die Frage der Überführung der Eisenbahnen in den Besitz des Reichs, die Vizepräsident Oppiz angeschnitten hatte, eine große Rolle. Zu diesen Fragen kennzeichnete Genosse Costan die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion, insbesondere aber behandelte er die Lohnverhältnisse der Eisenbahner, die viel ungünstiger liegen als selbst in Preußen. Er appellte an den Minister, den Klagen der Arbeiter nachzugehen und sie abzustellen. Zusammenfassend ging später auch Genosse Wirth noch einmal auf alle die aufgeworfenen Fragen und namentlich auf die Lage und die Verhältnisse der Staatsarbeiter ein. Der Zustand, meinte er, daß die Staatsarbeiter Staatsbürger zweiter Klasse seien, müsse aufgehoben. Zu seinem Schlusworte zu dem sozialdemokratischen Koalitionsrechtsantrag rechnete Gen. Richter namentlich mit den Nationalliberalen ab, weil sie in der Gewährung des Koalitionsrechts an die Staatsarbeiter ein Sonderrecht erblickten. Nach einem kurzen Schlusworte des nationalliberalen Verlegerstatters zu Kap. 16, des Abg. Bauer, der wiederholt gegen seine liberalen Parteifreunde wegen des Antrages Seyfert-Günther polemisierte, und einer Reihe persönlicher Bemerkungen kam es schließlich zur Abstimmung, wobei die Deputationsanträge angenommen wurden. Der Antrag Seyfert-Günther vereinigte von den 30 Mann zählenden liberalen Gruppen 28 Stimmen auf sich, so daß also die Liberalen nahezu geschlossen für das Mandat zur Hintertreibung des Steuerzuschlages eintaten. Von den Nationalliberalen stimmten nur diejenigen mit der Mehrheit, die sich als Mitglieder der Finanzdeputation von den dort vorgetragenen Gründen hatten überzeugen lassen. Der sozialdemokratische Koalitionsrechtsantrag wurde der Petitionsdeputation überwiesen. Den Mut, den Antrag ohne weiteres abzulehnen, wie es der Finanzminister gewünscht hatte, haben also die bürgerlichen Parteien nicht aufzubringen vermocht. Fregendreische Hoffnung, daß in der Deputation etwas für die Staatsarbeiter herauskommen werde, darf man allerdings nach den Vorgängen in der Kammer an die Überweisung an die Deputation nicht knüpfen.

Militär-Witwen- und Waisenrente unterliegen in Sachsen der Besteuerung nicht.

Frau B., deren Mann im Kriege gefallen war, für 1915 einer Nachzahlung unterworfen und die Steuer gemäß § 12 des sächsischen Steuergesetzes auf 10 M. pro Jahr festgesetzt worden. Es war nicht nur ihre Witwenrente, sondern auch die Waisenrente, die ihre beiden Kinder bezogen, ihrem steuerpflichtigen Einkommen hinzugerechnet worden. Vom Arbeiterssekretariat Plauen-Schiffbau bei Dresden wurde Nellamontone eingezogen, und da diese in allen Instanzen ohne Erfolg blieb, Anfechtungsfall beim Oberverwaltungsgericht in Dresden erhoben. Der 2. Senat hat am 10. Januar 1916 der Klage stattgegeben und entschieden, daß die der Klägerin zustehenden Militär-Witwen- und Waisengelder ihrem steuerpflichtigen Einkommen nicht hinzugerechnet werden. Urteils-Zeichen: 297 II 1916.

Klage und Urteil gründen sich auf § 12 des sächsischen Gesetzes vom 25. Mai 1902, welches bestimmt, daß im Königreich Sachsen die den Hinterbliebenen der infolge des Krieges verstorbenen Militärpersönlichen auf Grund gesetzlicher Vorschriften gewährte Beihilfen (Witwen-, Erziehungs- und Elternbeihilfen) bei der Veranlagung zu den Steuern und anderen öffentlichen Abgaben jeder Art außer Antrag zu lassen sind.

Das betreffende Gesetz hat demnach auch bei der Einschätzung zu den Gemeindeabgaben Beachtung zu finden.

Die Entscheidung ist zu begrüßen. Die Zustellung ist erst am 15. März erfolgt. Da die diesjährige Einschätzung bereits vorüber, teilweise sogar die Steuerzettel ausgetragen sind, müssen sofort Maßnahmen ergriffen werden für weiteste Belästigung der vorliegenden Entscheidung, damit in Fällen, in denen die Nellamontone noch nicht verstrichen ist, die Rechtsmittel noch angewendet werden können.

Flurshäden und Jugendwehr.

Das Wohlspitzenpolizeiamt der Stadt Meißen erläutert eine allgemein beachtliche Bekanntmachung, worin sie nachdrücklich davon warnt, Flurshäden anzurichten. Es wird darin ausgeschaut: Es ist beobachtet worden, daß die Aktion vor den Feld- und Waldbauten in den Kreisen der Spaziergänger, insbesondere aber der Jugendvereine, wie Pfadfinder, Jugendwehr, Wanderjugend usw., in bedenklichem Maße schwundet und daß die Flurshäden in infolgedessen stark zunehmen. Im Hinblick auf die Gefahren, die hieraus für die Volksernährung entstehen und die in der festigen Kriegszeit besonders fühlbar werden, weisen wir auf die Notwendigkeit des Schutzes der Feld- und Gartenfrüchte und sonstigen Bodenerzeugnisse hin und werden jedes zu unserer Kenntnis gelangende Übertritten nachdrücklich bestrafen.

Schließlich werden noch die vom Landesverein Heimatbuch herausgegebenen Blätter für Naturschutz der allgemeinen Beauftragung empfohlen.

Über die Zulassung zum kleinen Grenzverkehr hat die Oberleitung des Grenzüberwachungsdienstes im Bereich des 12. Armeekorps folgende Entscheidung getroffen: Die Einbringung von Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des Wirtschaftsbedarfs ist dann als Grund für die Zulassung zum kleinen Grenzverkehr anzusehen, wenn die Beschaffung von jenseits der Grenze her wegen Mangels an dem in Frage kommenden Ort oder wegen eines den Umständen noch nicht merkbaren Preisunterschieds erfolgen soll.

Plauen i. B. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde beschlossen, die Gemeindesteuer nach dem für die Plauener Gemeindeinkommensteuer-Ordnung vom 6. September

1910 festgesetzten Normalsteuersatz mit einem Zuschlag von 50 v. H. zu erhöhen. Im vorigen Jahre wurde ein Zuschlag von 25 v. H. erhoben. 1915 betrug die Steuererhöhung 15 v. H.

Plauen i. B. Neben Gewährung von Tenurungsauflagen an geringe Beamte und Angestellte kam es in der Stadtverordnetenversammlung zu eingehenden Erörterungen. Schließlich wurde der Maßvorschlag gemäß beschlossen, eine einmalige Tenurungsauflage an verheiratete städtische Beamte und Angestellte mit einem Diensteinkommen von höchstens 2000 M. sowie an Beamtenanwärter, soweit sie zur Zeit nicht im Dienstleistung stehen, in der Weise zu gewähren, daß nach dem Familiensstand vom 21. Februar 1916 jedes Kind unter 18 Jahren ein solcher in gleicher Höhe (bei freier Dienstwohnung oder bei freier Station des Beamten oder Angestellten die Hälfte, bei freier Station der ganzen Familie nichts) zu gewähren. Zur Deckung dieses Aufwands sind insgesamt 11 000 M. nötig.

Reichenbach i. V. Eine allgemeine Warenkarte ist seit gestern hier eingeführt. Sie besteht aus Stammkarte und 24 Teilkarten mit den Buchstaben A bis Z. Es werden blaue und gelbe Karten ausgegeben. Blaue Karten erhalten Familien mit weniger als 1900 M. Jahresinkommen und Familien, die mehr als drei Kinder unter 14 Jahren und nicht mehr als 2400 M. jährliches Einkommen haben. Gelbe Karten erhalten alle anderen Familien.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Der ehemalige Ortsrichter und Grundstücksmakler Emil Oswald Reinhardt aus Plauen i. V. ist in der Nacht zum Sonnabend auf dem Chemnitzer Hauptbahnhof verhaftet worden. Eine Dame aus Plauen, die den Ausreisenden gut kannte, sah ihn dort auf dem Bahnhofsteige, sprach ihn an, und inzwischen setzte sie ihr Gatte einen Schuhmann und den Bahnhofskommandanten in Kenntnis, die Reinhardt festnehmen ließen. — Ein schweres Unglück ereignete sich Dienstag nachmittag im Walde auf Hirschberg bei Plauen i. V. Ein Arbeiter, der dort auf der Höhe neben einem steilen Abhang mit Stammeswischen beschäftigt war, entglitt ein Stamm, der den Abhang hinunterstürzte und einen zweiten schweren Baumstamm mitschwang. Von den Stämmen wurden vier dort holzfällende Frauen, sämtlich aus Altenau, schwer getroffen, daß zwei von ihnen sofort tot waren, während die beiden anderen lebensgefährliche Verletzungen erlitten. — Ein Bett erschossen aufgefunden wurde von seiner Chefarzt, der 55 Jahre alte Försterarbeiter Karl Bräuerlich in Meerane. Bräuerlich war seit längerer Zeit schwer betrunken und hatte große Schmerzen. — Verhaftet wurde in Glauchau der Hausmann der Altersschule. Er stand im Verdacht, seit langer Zeit die Sammelbüchse für das Rote Kreuz, die in der in der Bürgerhalle untergebrachten Kriegsschreibstube aufgestellt ist, beschlichen zu haben. Die erlangten Beträgen dürften sich auf circa 50 bis 60 M. belaufen.

Aus den Nachbargebieten.

Meuselwitz. Auf dem Heimweg nach Seulendorf wurde eine Frau überfallen. Der Attentäter hatte sich hinter einen Baum versteckt, sprang plötzlich hervor und verprühte die Frau zu überwältigen. Sie wehrte sich jedoch und schrie um Hilfe, worauf er sie in den Graben stieß. Mit Hilfe von Bergarbeitern, die den Mann gesucht hatten und kannten, gelang es, ihn festzustellen. Beim Verhör brachte er die Entschuldigung, er habe in völlig betrunknen Zustande gehandelt.

Görlitz. Die Stadtverordneten beschlossen die Errichtung eines städtischen Lebensmittelamts, das aus sieben Mitgliedern, und zwar aus zwei Mitgliedern oder Hilfsarbeitern des Stadtrats, zwei Stadtverordneten und drei weiteren männlichen oder weiblichen Einwohnern der Stadt bestehen wird.

Görlitz. Die im Wahlkreis Görlitz-Danzig bei bisher stattgefundenen Gemeindevertreterwahlen endeten mit der Wieder- bzw. Neuwahl unserer Genossen. — In Monz, einem Vorort von Görlitz, in dem wir bei Gemeindevertreterwahlen bisher unterlagen, haben die nachwährenden bürgerlichen Parteien unsern Genossen die zwei frei werdenden Mandate zugestanden. In Langenwitz dagegen stellte der dortige freisinnige Verein unser drei aus dem Gemeinderat schiedenden Genossen eigene Kandidaten gegenüber, die jedoch bei der Wahl unterlagen. Unsre Genossen erhielten eine Zweidrittelmehrheit.

Briefkassen der Redaktion.

N. 100. Sie können die Meldung des Auwaldes von dem Gericht, vor dem der Prozeß geführt wurde, nachprüfen lassen.

Unter A. Abonnementbestellungen sowie alle andern geschäftlichen Angelegenheiten sind nicht an die Redaktion, sondern nur an die Expedition der Leipziger Volkszeitung zu richten!

Denkt an uns sendet
Galem Aleipum
Galem Gold
Zigaretten
Willkommenste Liebesgabe!
Preis N° 3½ 4 5 6 8 10
3½ 4 5 6 8 10 Pf.d.Stick.
20 Stick.feldpostmäßig verpackt portofrei!
50 Stick.feldpostmäßig verpackt 10 Pf. Porto!
Orient Tabak-u.Cigarettenfabr.Yenidze Dresden
Joh.Hugo Zietz,Hoflieferant S.Md.Königsv.Sachsen
Unterschieds erfolgen soll.
Trustfrei!